

Gütererzeuger des Volksboten.

Organ für die Interessen der verarbeitenden Bevölkerung.

[Preisjahr Nr. 926]

Der "Gütererzeuger des Volksboten" erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannastraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierthalbjährlich 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Nr. 281

Mit der illustrierten Sonntagsabteilung „Die Neue Welt“.

Fernpreisjahr Nr. 926

Die Abzugsgebühr beträgt für die viergeschaltete Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Faserrate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Freitag den 1. Dezember 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Wochentliche Ausgaben.

Deutschland.

Städtetag und Fleischnot. Im Plenarsitzungssaal der preußischen Abgeordnetenkammer trat, wie schon kurz gemeldet, am Montagvormittag der Deutsche Städteitag zusammen, auf dem Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadträte und Stadtverordnete ganz ernsthaft über die Frage der Fleischnot debattierten. Vom Vorstand waren Leitsätze ausgearbeitet, in denen der schwere Notstand anerkannt und eine möglichst angehobene Einfuhr lebenden Vieches aus dem Auslande unter voller Wahrung aller veterinar-polizeilich notwendigen Schutzmaßregeln zur Abschaffung in öffentlichen Schlachthäusern, Erleichterung der Einfuhr ausgeschlachteten Fleisches und ausländischer Butterfette und Erhöhung der Zölle und Eisenbahntarife für Futtermittel im Zeiten der Futternot gefordert wird. Von einer Komunalisierung der Fleischversorgung in Großstädten wollen die Leitsätze nichts wissen; mit lebendlöhner Motivierung wird die Unentbehrlichkeit des Zwischenhandels hervorgehoben. (!!) Der Schlussatz der Leitsätze lautet: „Der Deutsche Städteitag erklärt, daß die Behandlung der Fleischsteuerungssage durch die maßgebenden Instanzen des Reiches und einzelner Bundesstaaten die berechtigten Interessen der städtischen Bevölkerung schwer schädigt.“

In der Debatte meinte der erste Redner, Thürkus, Reichstagsabgeordneter und Stadtvorstander Dove-Berlin unter „Sehr richtig!“ Rufen, „die Ausschaltung des Zwischenhandels würde den Zustand der Fleischnot nur noch verschärmen“. Dieser eine Satz genügt schon zur Charakteristik der Fleischnotbekämpfer, der in übrigen mit noch zwei anderen Reichstagsstättern (Körte, Oberbürgermeister von Königsberg, und Bech, Magistratsrat von München) den Standpunkt der Leitsätze vertrat.

Etwas bewegter wurde die Debatte, als ein Vertreter der „nationalen“ Notleidenden das Wort ergriff. Bürgermeister Wadahn-Wiesenhof führte aus:

„Ich leugne nicht, daß eine Fleischnot vorhanden ist, und daß die Stadtverwaltungen ein Interesse haben, den Nebelstand so schnell als möglich zu beseitigen. Ich bin aber der Ansicht, daß der Nebelstand nur beseitigt werden kann in nationalem Rahmen. (Urruhe.) In den Leitsätzen wird in der Hauptsache die Öffnung der Grenzen für ausländische Viecheinfuhr verlangt. Ich bin aber der Ansicht, daß die Fleischproduktion auf nationalem Boden geblieben muss. (Lebhafte Widerspruch.) Ich bedauere ganz unendlich, daß der Deutsche Städteitag sich nicht auf streng nationalem Boden konstituiert hat. (Stürmisches Oho!) Ich habe einen Abänderungsantrag gestellt, es ist mir aber vom Vorsitzenden gefagt worden, das Statut sei fix angenommen. (Urruhe.) Ich bin keineswegs für Ausschaltung des Fleischergewerbes, nur der Zwischenhandel soll ausgeschaltet werden. (Lebhafte Widerspruch, Rufe: Schluß! Schluß!) Ich befürworte alle Maßnahmen, wie Verbilligung der Eisenbahntarife für Vieh- und Futtertransport, Ermäßigung oder Aufhebung der Zölle für Futtermittel, ich kann mich jedoch nicht für Maßnahmen erklären, die den nationalen Grundsätzen widersprechen. Die deutschen Landwirte sind wohl in der Lage, den Fleischbedarf zu decken, sobald sie nicht unter Miserien zu leben haben. Den Konsumen ist es gewiß gleichgültig, ob sie inländisches oder ausländisches Fleisch essen. Ich ersuche also, sich für die Fleischversorgung durch die Stadtverwaltungen, für Verbilligung der Tarife und Herabsetzung der Zölle auf Futtermittel zu erklären, da gegen die Forderung der Viecheinfuhr aus dem Auslande fallen zu lassen.“

Nachdem noch verschiedene Männer sprachen, ohne Neues zu sagen, gab unser Gönne, Singer die treffende Kritik der ganzen Fleischnotbekämpfung. Städtetags-Veranstaltung, indem er den Leuten offen sagte:

„Ich bin durch die Ausführungen der Referenten, aber auch der übrigen, stark enttäuscht. Man tut so, als ob es möglich wäre, die Regierung durch die Beschlüsse des Städtetags zu einer Aenderung ihrer Politik zu bewegen. Ich halte es vor allem für erforderlich, darauf hinzuwirken, daß die Agrarier ihre Macht nicht noch mehr missbrauchen. Hiergegen muß der Städteitag Protest erheben. Herr Bürgermeister Wadahn sagte, den Konsumen ist es gleich günstig, ob sie inländisches oder ausländisches Fleisch essen; ich stimme ihm darin vollständig bei. Der Konsumen hat nur das Interesse, gesundes und billiges Fleisch zu bekommen. Der Mangel solchen Fleisches ist aber der entscheidende Punkt. Da leider keine Mangel vorhanden ist, daß die Regierung irgend was tun wird, um die Fleischnot zu beseitigen, so stimme ich, allerdings aus anderen Motiven, wie Herr Bürgermeister Wadahn, für die Fleischversorgung durch die Stadtverwaltungen.

So lange die Regierung für den Hunger und das Elend des deutschen Volkes nicht einen Finger rückt, weil sie fürchtet, eine kleine privilegierte Kaste zu schädigen, erheischt es die Notwendigkeit, zur Selbsthilfe zu greifen. Redner erläutert dann in eingehender Weise die Ausführung der städtischen Fleischversorgung und erucht, die Leitsätze in diesem Sinne anzunehmen.“

Auch Gönne Ulrich, Offenbach las den allzu vorsichtigen Stadtoberhäuptlingen gründlich den Text:

„Auch ich bin über die Debatte stark enttäuscht. Die Haltung der Regierung erfordert einen kräftigen Ton. (Marke) Der Ton macht die Waffe. (Lachen.) Die Politik der Regierung läuft eben darauf hinaus, die Forderungen der Agrarier zu erfüllen. Sind nicht bei allen landwirtschaftlichen Veranstaltungen Regierungvertreter zugegen? Hat sich hier ein Regierungvertreter sehen lassen? (Ruf: Sind nicht eingeladen worden!) Da den landwirtschaftlichen Veranstaltungen kommen die Regierungvertreter auch ungeholt. Da ist der Landrat der Mosel. Von der Regierung ist nicht das Geringste zu erhoffen. Das Volk muß erfahren, wie die Regierung eine handvolle Bißlecker auf Kosten des Volkes bevorzugt. Die Massen werden der Regierung die Quittung bei den Reichstagswahlen geben. (Beifall und Lachen.)

Trotzdem wurden die Leitsätze gegen ganz geringe Minoritäten angenommen. Was das Resultat? . . . Es bleibt alles beim alten.“

Konstituierung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die sozialdemokratische Fraktion konstituierte sich in der Dienstag abgehaltenen Fraktionssitzung. Zum Fraktionsvorstand wählte sie die Genossen Auer, Bebel, Meister, Pfannlach und Singer. In den Senatorienkonvent wurden die Genossen Bebel, Geyer und Singer delegiert. Die ständigen Kommissionen sollen wie folgt besetzt werden: Wahlprüfungskommission: Hilger, Geyer und Schulze; Budgetkommission: Bebel, Görler, Ledebour, Schöpflin, Singer und Südfuss; Petitionskommission: Hora, Lüke, Busch, Schwarz, Thiele und Tugauer; Rechtsaufsichtskommission: Baudert, Spinelli und Reichhaus; Geschäftsaufsichtskommission: Görler, Meister und Singer. Bei der Präsidentenwahl soll gegen eine etwaige Aklamation Widerspruch erhoben, bei der Wahl des Präsidenten Stimmenthaltung geübt werden. Als Kandidat für den ersten Vizepräsidenten wird Singer vorgeschlagen. Sollten Fall, daß dieser Vorschlag von der Mehrheit des Reichstags abgelehnt wird, wird bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten Stimmenthaltung geübt werden.

Das Plural-Wahlsystem stellt das herrschenden Dreiklassenwahlrechts schlägt die „Rön. 31.“ für den preußischen Landtag vor. — Es ist interessant, zu konstatieren, daß hier ein Liberaler Organ für ein Wahlrecht eintritt, das an Rückständigkeit dem Dreiklassenwahlrecht in nichts nachsteht.

Eine agrarische Denkschrift über die Fleischnot. Den Reichstagstag ging eine Denkschrift des preußischen Landwirtschaftsministeriums über die Fleischsteuerung im Jahre 1905 auf Grund der Untersuchung, welche das Ministerium mit Hilfe der Landwirtschaftskammer, der Regierungspräsidenten, des Statistischen Landeskonsortiums und der deutschen Vertretungen im Auslande veranstaltete zu. Das Ergebnis der Untersuchung wird wie folgt zusammengefaßt: Die Fleischpreise erreichten im Jahre 1905 eine unerwartete, bisher nicht brachte Höhe. Die Preistiegerung rührte hauptsächlich von der gestiegenen Nachfrage infolge der verbesserten Lebenshaltung der Bevölkerung her und von der Preistiegerung der in den nach Deutschland exportierenden Staaten. Der Mehrverdienst der Landwirte durch erhöhte Stadtpreise ist durch die erhöhten Produktionskosten geschafft. Der geringe Rückgang des inländischen Verbrauchs und die Preistiegerung im Auslande, hervorgerufen von der schlechten Ernte im Jahre 1904, sind vorübergehende Erscheinungen. Die Tendenz wurde gesteigert durch die auf die Öffnung der Grenzen und den Bruch mit dem gegenwärtigen wirtschaftspolitischen System gerichtete leidenschaftliche Agitation der Presse und der Parteien, durch die nicht etwa freie Notierung auf den Schlachthöfen und die, wenn auch nicht allgemein, so doch vielfach beobachteten Marktmachten der den Viehhandel beherrschenden Händler, Kommissionäre und Großschlachter. Besonders bemerkbar waren im Jahre 1905 folgende Ursäcke hervor, welche die Fleischnot dauernd zu erhöhen geeignet sind. Hier gehörten die hohen Einnahmen der Städte aus den Beihöfen und den Schlachthöfen, die steigende Ausdehnung des Zwischenhandels über das Gebürtige hinaus und die großen Nutzen der Fleischer. Das Fleischbeschauamt wirkt in nur geringem

Grade verteuern. Die Leitung veranlaßte ein nur sehr geringes Nachlassen des Fleischkonsums. Der bedauernliche kleine Rückgang des Konsums rechtfertigt keineswegs außerordentliche Maßnahmen, umso mehr, als der Fleischverbrauch sich nach dem Fleischbeschau-Statistik als bedeutend größer herausstellte, als früher angenommen wurde. Der Verdienst der Fleischer ist etwas geschränkt, doch kann von einem Niedergang dieses Gewerbes nicht gesprochen werden. Die Landwirtschaft wird wie bisher den Fleischbedarf in der Hauptache durch die eigene Produktion decken können, falls sie auch künftig auf genügenden Schutz und auf die Beibehaltung des jetzigen wirtschaftspolitischen Systems rechnen kann. — Es ist einfach ein Skandal, daß man dem deutschen Volke so etwas in einer Denkschrift zu bieten wage. Wie wir morgen nachweisen werden, operiert diese Denkschrift insoffern mit Unwahrheiten, als in derselben behauptet wird, im Auslande herrschen gleichfalls hohe Fleischpreise. Zweifellos bietet die same Denkschrift unseren Genossen im Reichstage willkommenes Material zur Kennzeichnung der von der Regierung unterstützten Ausbeutung und Schröpfung des Volkes durch die Warterapp'haft.

Die sozialdemokratische Fraktion des hauptsächlichen Landtages hat einen Antrag auf Einführung der vollen Versammlungs- und Vereinsfreiheit eingereicht. — Man kann begierig sein, wie sich nun wohl Bentrup und Lübeck zu diesem Antrag stellen werden.

Arbeit in Hülle und Fülle bietet sich dem Reichstag. Schon vor seinem Zusammentritt sind ihm 35 Vorfälle von den verbündeten Regierungen zugegangen. Da wäre es die selbstverständliche Pflicht der Regierung gewesen, den Reichstag schon bedeutend früher einzuberufen. — Dem Reichstag ging weiter ein Vorschlag Reichside und Gedenken zu, der den Reichstagszitter eracht, dahin zu wirken, daß die Landesgesetzlichkeiten Beschränkungen des Vereinsrechtes für die Frauen durch das Reichsgesetz bestätigt werden. Ferner ging dem Reichstage ein Gesetzentwurf zu, betr. die Pensionierung von Offizieren des Reichsheeres, der Marine und der kaiserlichen Schutztruppen und ein Gesetzentwurf, betr. die Bejöldung von Personen der unteren Klassen des Reichsheeres, der Marine und der kaiserlichen Schutztruppen. Beide Gesetze sollen mit Wirkung ab 1. April 1905 in Kraft treten. Außerdem ging dem Reichstage ein Gesetzentwurf zu, betreffend die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 50 Pf. und 20 Pf. und ein solcher betreffend Einführung des Reichsbündlersabs.

Ein verlorener gegangenes Schäflein. Der Reichstagsabgeordnete Kroll-Bruthen zeigt offiziell in der „Sieg. Volkszeitung“ seinen Abschluß aus der Zentrumsfraktion bezügl. Anschlusses an die polnische Frektion an.

Der Kardinal Antonius Fischer in Köln hat von seinem Rieseninkommen ganze hundert Reichsmark beigesteuert zur Linderung der Not unter den von den russischen Judenverfolgungen Betroffenen. In einem Schreiben erklärt er dazu, daß er solche „Greuel“ und „traurigen Vorwürfe“, „tief belagert“ und von der Gewöhnung voller Freiheit der Religionsschule in Russland das Ende der Verfolgungen erwarte. — Der brave Kardinal hat leider vergessen zu bemerken, daß seine eigene, die katholische Kirche während des ganzen Mittelalters speziell auch in Deutschland nicht minder grauenhafe Judenmassaker veranstaltet, daß sie tausende von Juden dem Scheiterhaufen überantwortet hat, daß sie rechte Freiheit überall, wo sie die Macht dazu hat, sich mit Händen und Füßen gegen die g-predigte „Freiheit der Religionsübung“ wehrt und daß katholische Intoleranz der eigentliche Kern ihres Wesens ist.

Die Grenzkosten an der Arbeit. Aus Wissow wird gemeldet: Bei Modzow wurde von drei nach Preußen flüchtenden Personen eine auf russischem Boden erschossen.

Der preußische Landtag wird am 5. Dezember eröffnet.

Oertelmänner-Politik. Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich gegen die Zahl des „gefürchteten“ Bürgertums, sich bei Wahlen auf einen mittelparteilichen Kandidaten zu vereinigen und meint dazu: „Gerade unsere Zeit bedarfester Männer, die den Nutzen einer entschieden überzeugung haben, in besonderem Maße. Will man sich einzigen, so einige man sich auf den Kandidaten, der erfahrungsgemäß oder vorausichtlich den breitesten Boden in der Bevölkerung des Wahlkreises hat. Das muß besonders von den Kreisen gelten, die überwiegend ländlich sind. Sollte es hindeut, hütte man sich aber vor der Verallgemeinerung eines an sich gut gemeinten, aber nicht allenthalben zweckmäßigen Rates und berücksichtige die besonderen Verhältnisse der einzelnen Kreise in gebotener Weise. Missgeschick. Kandidaturen haben vorbehaltlosig keinen Erfolg und keinen Wert.“ — Das werden die aus Missgeschick-Kandidaturen hervorgegangenen „Sieger“ dem tapferen Oertel bitter übel nehmen. Im übrigen spricht aus jener „Wartung und herzlichen Ermahnung“ zur leute

Angst, jene von zäckelkriechender Sozialistenfurcht distillierte "Wissenschaft-Politik" könnte die Mollendenden um den Rest ihrer Vertreter im Reichstage bringen.

Die Verfassungsdäten in Schwarzburg-Rudolstadt sind behoben. Der Rechtsausschuss des Landtages hat sich, wie ich als Belehrung frischerer Wissensungen gesetzelt habe, auf den Standpunkt gesetzt, daß der Landtag auf Grund der dem Minister ertheilten Sondervollmacht zu Recht eindringen sei.

Von unsern herlichen Kolosien gibt die Staatsaufstellung für die Schutzzonen wieder einen hübschen Begeiß. Darauf folgt der Haushaltsetat des Schutzzonen in Einnahme und Ausgabe mit 149435424 Ml. (plus 24179634) ab. Es entfallen auf das Ostasiatische Schutzzgebiet 11717208 Ml., Reichszuschuß 7059327 Ml.; Kamerun 5624995 Ml., Reichszuschuß 3252095 Ml.; Togo 3031036 Ml., kein Reichszuschuß; das Südwestafrikanische Schutzzgebiet 111735300 Ml.; Reichszuschuß 109911500 Ml.; Neu-Guinea 1504240 Ml., Reichszuschuß 1168963 Ml.; Karolineninseln 615365 Mrt., Reichszuschuß 482550 Ml.; Samoa 809280 Ml., Reichszuschuß 323331 Ml.; Kautschuk 14398000 Ml., Reichszuschuß 13600000 Ml. Die Summe der Reichszuschüsse beträgt demnach insgesamt 135797766 Ml. gegen 109619386 Ml. des vorjährigen Etats (also plus 26178380 Ml.)

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag ist seitens Deutschlands formell gefündigt worden.

Rußland.

Die Lage in Russland wird immer ernster — natürlich für den Patriotismus. Der Streit der Telegraphenbeamten hat anscheinend ein Ende hingebracht, denn es wird aus Berlin vom gestrigen Tage amtlich gemeldet: Seit heute Nachmittag sind sämtliche telegraphischen Verbindungen mit Russland unterbrochen.

Unter diesen Umständen hält es natürlich schwer, ein klares Bild von den Vorgängen in Russland zu erhalten. Jamerhin aber findet doch etwas durch.

Aus Petersburg wird berichtet: Dienstag wurden auf der Elektrotechnischen Ausstellung 230 Männer wegen Beteiligung an einer Spendenammlung für die Familien der Opfer der politischen Bewegung verhaftet und in der Peter-Pauls-Festung interniert. Blättermeldungen zufolge weigerten sich die Mannschaften des Leibgarde-Regiments Semonow und der Gardejäger, die Verhaftung ihrer Kameraden vorzunehmen.

Die "Nowoje Wremja" meldet aus Sankt-Petersburg vom 28. November: Die Ergebung der Reuterer, die von der Stadt abgeschnitten sind, soll durch eine Blockade erreicht werden. Die Zahl der Reuterer beträgt etwa 1000. In den Kasernen befinden sich etwa 400 Gewehre und eine geringe Anzahl Patronen. — Zu einer Blockade gehören Soldaten. Und auf die ist bestimmt kein Verlust mehr. Deshalb wird die Ergebung der "Reuterer" wohl auch noch lange Weile haben.

Bei der Russischen Armee nimmt die Säuberung immer gräßere Ausdehnung an. Der Oberbefehlshaber General Lennwitsch hat allen Chancen befohlen, dafür zu sorgen, daß die Reuterer und Kadetten von jeder Beurteilung durch Privatpersonen fernzuhalten werden. Ob dieser Befehl wohl etwas nützen wird?

Auch die Polizeibeamten sind von der jüngsten Bewegung nicht unberührt geblieben. Es hat sich ein "Verband der Polizeibeamten" gebildet, der seine Tätigkeit mit einem an die Angestellten der Polizei gerichteten Aufruf beginnt. In dem Aufruf wird u. a. bekannt gegeben, daß die Besprechungen der Regierung die Ergebung der materiellen Lage der Polizeibeamten in sich bergen, aber keinen Schaden verhindern. — Und fallen sieht man zwangsläufig den Zweck des Berusses!

Österreich-Ungarn.

Die Wahlrechtsdemonstration der österreichischen Arbeiter hat ihre Wirkung getan, wie aus folgendem Telegramm des "L.A." hervorgeht: Kaiser Franz Joseph erklärte in einer Unterredung, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts sei nicht mehr aufzuhalten — Stimme!

Der ungarische Reichstag ist am 19. Dezember durch ein königliches Manifest aufgelöst worden.

Der passive Widerstand in Ungarn entscheidet sich weiter zum aktiven Widerstand. So beschließt die "Kük-Biz" das Bataillon, 27. November: Im Speer Komitat muss eine neue polizeiliche Einheit die Strafmajors von 300 Polizisten anstreben, welche die Strophen abspalten. Für 10 Uhr kann die Operette eine Kommandoberkommandantin übernehmen, in der etwa 300 Mitglieder erheben. Oberst Graf Leibnig erhielt der Polizei Antrag, die Bespaltung als angezeigt anzusehen. Gegenüber dem Kaiser aufgeführt werden konnte, waren die Mitglieder in den Komitaten einzubringen, sollten dies von der Regierung erneut bestätigt werden. Abends abgesetzt und das Kommandantenamt Graf Leibnig. Bischof Bischoppo wurde Beseppung gewährt. Als die Polizei erfuhr, war die Bespaltung bereits geplant. Graf Leibnig ließ unverzüglich den Sicherheitsrat kommen, und gegen die Bespaltung der jüdischen Bevölkerung des Bezirks wegen Widerstandes erlaubt. Er erklärte, daß er die heilige Beschämung des Reichs für ungültig und ihre Bespaltung als neu und richtig betrachtet. Die Befürfe haben in der Stadt Eingang gefunden, die sich in Straßensitzungen gegen die regierungsgünstigen Parteien richtete. Das Bataillon ist der Universität gegen diese eingepflanzt worden.

Tarif.

Die internationale Metallendemonstration gegen die türkische Regierung wird von beiden Seiten unterstützt und gefordert. So wird zuletzt 28 November auf Sonderabstimmung berichtet: Der Tarifvertrag des Tarifvereinigung, sofern ihm der Tarifvereinigung der Demokratie nicht liegt, ist nicht zu hindern, es ist der B. Der Gesamtarif des Tarifvereinigung ist gegen die Erhöhung und die Erweiterung der Tarifverhandlungen. Alles sonst keinen programmatischen Verlauf. Die Tarifver-

der Folte mit dem Lande ist infolge des starken Nordostwindes schwierig. Wie üblich, begaben sich auch heute, am ersten Betriebsstage, die ersten Dragomane aller diplomatischen Missionen nach dem Palast, um ihre Güter auszusprechen. — Das paßt alles wunderbar zusammen. Die Türkei läßt die Kommandanter der "feindlichen" Flotte ungestört mit einander in Erfahrung bringen, und zwar unter Beobachtung der noch unter türkischer Kontrolle stehenden Telegraphen. Außerdem gehen die Vertreter derselben "Mächte", die dem Sultan ihre Kreuzschiffe auf den Hals schicken, zu denselben Sultan und gratulieren ihm alleruntertanigst. Wirklich eine schöne Posse! Nur etwas kostspielig ist sie.

England.

Rüstungen und kein Ende. Eine Vermehrung der englischen Kanalflotte wird dem "Berl. Tagbl." aus London gewebt: Die Kanalflotte soll übermäßig um sechs Schlachtschiffe verstärkt werden, so daß die Flotte, die vor einem Jahre nur über acht Schlachtschiffe verfügte, deren siebzehn bestehen wird. Die sechs Schiffe sind von der "Monarch"-Klasse, haben 12950 Tonnen Displacement, führen vier zwölfzöllige und zwölf sechszöllige Geschütze, haben leichten Liefaug und können mit Sicherheit in irgend einem Teile des Kanals oder der Nordsee operieren. Davor wird keine Flottenstation, wohl aber eine solche für Torpedos werden. Auch soll ein Schwimmdock für Unterseeboote dort eingerichtet werden. — Diese englische Flottenvermehrung ist zweifellos eine Folge der deutschen Marinenvorlage. So geht das tolle Fazett zwischen den einzelnen Staaten immer weiter — bis endlich einmal die Völker denselben ein Ende bereiten.

Deutsch-Amerikanische Flottenschau.

Original-Bericht des Lübecker Volksboten.

Berlin, den 29. November 1905.

2. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. v. Steinberg. Präsident Graf Ballerstrem: Ich möchte die interessante, bisher noch nie da gewesene Tatsache konstatieren, daß die verbündeten Regierungen dem Reichstag noch vor seiner Konstituierung nicht weniger als 35 Vorlagen haben angehören lassen. (Vielsches Hör! Hör! und Heiterkeit.) Ich möchte nur wünschen, daß der Reichstag sich bei der Beratung dieser 35 Vorlagen diesen Fleiß der Vertreter der verbündeten Regierungen möge vorschreiben lassen. (Zustimmung und Heiterkeit.)

Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Bei der Wahl des Präsidenten entfallen von den 298 abgegebenen Stimmen 224 auf den Abg. Grafen Ballerstrem (S), 12 auf den Abg. Grafen Stolberg (R) und den Abg. Singer (SD); 72 Stimmzettel sind unbezeichnet.

Nach Übernahme des Präsidiums erklärt Präsident Graf Ballerstrem: Ich danke Ihnen für das Vertrauen, daß mich wieder auf diesen hohen, aber auch sehr verantwortungsvollen Thronplatz berufen. Ich werde auch in dieser neuen Wahlperiode meinen alten früher auseinander gesetzten Grundsätzen treu bleiben (Bravo!) und die Würde und die Ordnung des Reichstags im Innern wie nach außen in jeder Richtung fest wahrnehmen. (Beifall.) Ich werde mich der größten Unparteilichkeit befreien und die Arbeiten des Reichstags nach Kräften zu einem guten Ende für das Wohl des Vaterlandes zu fördern suchen. (Lebh. Beif.) Ich bitte das hohe Haus, mich in meinen schweren Obliegenheiten zu unterstützen. Rämentlich bitte ich Sie, immer recht zahlreich hier zu sein (Heiterkeit), denn was kann der Präsident machen, wenn immer das Damoklesschwert der Beleidigungsfähigkeit über ihm und dem Hause schwinge? Es sind ernste Zeiten, in denen wir zu dieser Session zusammenentreten, ernst nach innen, ernst nach außen, recht ernst. Da müssen Sie das Ihnen von Ihren Wählern übertrogene Amt auch ernstlich ausüben. (Lebhafte Beifall.)

Bei der nunmehr folgenden Wahl des ersten Vizepräsidenten werden 297 Stimmen abgegeben, von denen 223 auf den Abg. Grafen Stolberg (R), 66 auf den Abg. Singer (SD), 12 auf die Abg. Dietrich (R), Liebermann v. Sonnenberg (Antis.), Dr. Baasche (R), Stadthagen (SD) und v. Vollmar (SD) fallen. 3 Stimmen sind ungültig.

Dr. Stolberg nimmt die Wahl mit Dank an.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten werden 292 Stimmzettel abgegeben, darunter 64 weiße. 204 Stimmen fallen auf den Abg. Dr. Baasche (R), 10 auf den Abg. Büsing (R), je eine auf die Abg. v. Gerlich (Fbg.), Liebermann v. Sonnenberg (Antis.), Dr. Baasche (R), Stadthagen (SD) und v. Vollmar (SD). 3 Stimmen sind ungültig.

Dr. Baasche nimmt die Wahl mit Dank an.

Hierauf erfolgt die Wahl des Schriftführers. Das Resultat soll nach der Sitzung festgestellt werden.

Zu Lübeckern ernannt der Präsident die Abg. Dr. Hinterleitner (R) und Bassermann (R).

Damit ist der Reichstag konstituiert. Der Präsident wird dem Kaiser die vorgezeichnete Urkunde überreichen.

Das Andenken der seit der letzten Session verstorbenen Abgeordneten wird durch Erheben von den Sitzen geehrt.

Räumliche Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Schleunige Anträge auf Eröffnung von Strafverfahren gegen Abgeordnete; sozialdemokratische Interpellation über die Oberfinanz.)

Sitzung 3 Uhr.

Reich und Reichsverwaltung.

Donnerstag, den 30. November.

Der Sozialdemokratische Verein hält seine Mitglieder-Beratung am morgigen Freitag ab. Am der Tagesordnung steht Sonderwahl, Sonderbericht, die Vorwärts-Affäre, Auszug von Bürgern im. Es ist Sitzung aller Mitglieder, in dieser Beratung anwesend zu sein.

Die Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins ist am Freitag abend von 8—9 Uhr geöffnet.

Abstimmung, Gewerkschaftsleistung! Der Klassiker des Arbeitersfreiheits und des Gewerkschaftsstaats wird am Freitag, Samstag und Montag von 8—9 Uhr abends im Vereinhause zur Entgegennahme der Beiträge erwartet sein.

Ein Dr. ohne Doktortitel. Wir brauchen vor einigen Tagen eine lange Zeit, in der behauptet wurde, daß der "Sozialdemokrat" Dr. F. Grautoff in Leipzig sich als Verleidiger der "Lübecker Anzeigen" einen Titel

beilege, den zu führen er nicht berechtigt war. Diese Behauptung halten wir voll und ganz aufrecht und sind auch erbödig, wenn es verlangt wird, dieselbe an Gerichtsstelle zu beweisen. Natürlich macht dem Amtsblatt wenig Freude, wenn solche Dinge, die ihm mindestens ebenso bekannt sind, wie uns, gelegentlich wieder einmal der Offenheitlichkeit unterbreitet werden und dadurch kein ehemaliger "geistiger Leiter", auf dessen glänzende Karriere es sich besonders viel angute tut, in eigenhümlichem Lichte erscheint. Vorwärtsausdruck und von edler Entrüstung, die gerade den mit "vornehmter Gestaltung" ausgestatteten gegenwärtigen Amtsblattredakteuren so gut ansteht, wurde in der Königsstr. 46 folgender Artikel verlesen:

Sozialdemokratische Wahrheit blieb. Nach dem alten Rezept "calumniare audacter, semper aliquid haecet" (immer frech drauf los verleumden, etwas bleibt immer hängen) arbeitet das hiesige Sozialistenblatt, wenn es sich darum handelt, den verfehlten "Lübecker Anzeigen" etwas anzuhängen. Aber selbst, wenn die Sozialdemokratische Wahrheit als solche gebrandmarkt sind, werden sie vom sozialdemokratischen Organ ihren gläubigen Lesern aufs neue aufgetragen. In der Nr. 278 vom 28. November schreibt der "Lübecker Volksbote": Ein "Marinesachverständiger". Der Seestern 1906. Der Zusammenschluß der alten Welt. Unter diesem schönen Titel ist zur Einleitung einer kräftigen Flottenpropaganda ein Buch erschienen, aus dem alle "patriotischen" Blätter spaltenlange Auszüge bringen. Man sucht der Schrift eine besondere Bedeutung zuverleihen, durch die Schrift eine geheimnisvolle Andeutung, ihr Verfasser sei ein Sachverständiger, ein Marineoffizier. Wir können die Nachricht ergänzen. Der Verfasser ist kein gewöhnlicher Offizier, sondern ein leibhaftiger kommandierender General, unsrettwegen auch Admiral. Die Meere, in denen er den Seestern oder Dreieck schwimmt, sind die Pleißengewässer der großen Seestadt Leipzig, sein Admiralschiff führt den stolzen Namen "Leipziger Neueste Nachrichten" und er selbst nennt sich Dr. Ferdinand Grautoff. — Zu diesem Sachverständigen kann man unsern Flottenpropagandisten von Herzen gratulieren. Dr. Grautoff war übrigens vor Jahren "Chefredakteur" der "Lübecker Anzeigen"; wir hatten zwar damals noch keine Gelegenheit, ihn als Marinesachverständigen kennen zu lernen, wohl aber als einen Mann, der sich einen Titel beilege, den zu führen er nicht berechtigt war. Wer diesen Aufsatz liest, muß natürlich denken, irgend ein Schwindler mit Volksschulbildung habe in der Redaktion der "Lübecker Anzeigen" gelesen und sich stolz erweisen einen ihm nicht zukommenden staatlichen Titel beigelegt. In Wahrheit handelt es sich um einen Vorgang, der schon in Nr. 163 der "Lüb. Anzeigen" vom 30. März 1901 wie folgt klar gestellt wurde: Der "Volksbote" benutzt eine ihm passend erscheinende Gelegenheit, gegen einen früheren Redakteur unseres Blattes die Unschuldigung zu erheben, dieser habe unberechtigter Weise den Doktortitel geführt. Der betreffende Redakteur hatte die Doktorwürde in Marburg erworben; er hatte jedoch nur unterlassen, die Drucklegung seiner Dissertation der Fakultät rechtzeitig einzureichen. Dass es sich hierbei um kein Staatsverbrechen gehandelt hat, geht schon daraus auf Gentile hervor, daß eine strafrechtliche Verfolgung dieses Missstellers nicht eingeleitet worden ist. Nachdem unser früherer Kollege jener Formalität längst genügt hat, und zwar zu einer Zeit, als er noch im Verbande unserer Redaktion tätig war, ist der Angriff des "Volksboten" auf unser Blatt im höchsten Grade deplaciert, was hiermit ein für alle Mal ausdrücklich festgestellt werden soll. — Da der "Volksbote" mangels neuen Angriffsstoffes selbst solchen Stoff, der vor fast fünf Jahren in der "Volksboten"-Redaktion gelöst wurde, immer wieder aufwärmt, lassen wir jetzt obige Notiz stereotypieren, um sie bei einem weiteren Anwurf von jener wahrheitsliebenden Seite nicht von neuem sehen zu müssen.

Was wir behauptet haben, wird, wie nachzulesen ist, in der Notiz des Amtsblattes vom 30. März 1901 vollinhaltlich bestätigt. Dr. Grautoff war nicht im Besitz des Doktorfests und führte ihn dennoch als Chefredakteur des "Lüb. Ans.". Das geht ferner auch deutlich aus der unwiderrührbaren gebliebenen Antwort hervor, die der "Volksbote" am 1. April 1901 auf die Ausführungen des Amtsblattes brachte: "Ungehörig im höchsten Grade ist es, wenn jemand mit einem Titel prunkt, den er nicht zu führen berechtigt ist, und das ist der Fall gewesen bei dem in Rede stehenden Herrn. Das empfand auch S. B. das Amtsblatt, als es ihn schleunigst nicht mehr verantwortlich zeichnen ließ. Und das bestätigt die philosophische Fakultät der Universität Marburg, welche auf Anfrage vom 18. September 1899 am 21. Septbr. 1899 schreibt, daß Herr ... (Der Name wurde 1901 aus falscher Rücksichtnahme fortgelassen. Red.) bis jetzt nicht berechtigt ist, den Doktorfests zu führen." Unterzeichnet ist das Schriftstück von den Herren von Sybel und Brodehan. Bissher hat es nicht als erlaubt gegolten, vor der Promotion sich den Doktorfests bezulegen. Angehörige dieser Tatsachen mag das Amtsblatt, unsere Bemerkungen als Lüge und Verleumdung hinzustellen! Das ist sicher etwas starr und setzt über eine ziemliche Portion Einsichtigkeit bei den gebildeten Lesern des Amtsblattes voraus. Wenn sich die "L. A." ihre Notiz stereotypieren lassen wollen, so mögen sie es tun; wir haben nichts dagegen. Das soll uns jedoch nicht abhalten, wenn es uns als notwendig und richtig erscheint, dem Amtsblatt unangenehme wahrsichtige Erinnerungen aufzutischen, unbedingt drinrum, ob im stereotypierten Satz nachher von Lüge gesprochen wird. Das Monopol auf schmuzige Verleumdung von Gegnern hat bisher unser Amtsblatt stets für sich in Anspruch genommen, und das wollen wir ihm auch nicht streiten machen.

Die Erneuerung der Puppenbrücke beschäftigte den Bürgerausschuß in seiner letzten Sitzung. Ihm lag folgender Senatsantrag vor: Der Senat beantragt: I. den Neubau der äußeren Holstenbrücke und den Durchstich des Stadtgrabens nach den Berichten, Zeichnungen und Kostenanschlägen des Oberbaudirektors Rehder vom 21. Juni und 6. November 1905 unter Herstellung eines provisorischen Siedlungsbaues in der Durchstichung des Stadtgrabens zum veranschlagten Betrage von 470000 M. vorbehaltlich der Entscheidung über die architektonische Ausgestaltung der Brücke mit der Maßgabe zur Durchführung zu bringen, daß für den Durchstich die in den Zeichnungen, Blatt 4, dargestellte Lage gewählt wird. 2. Den Neubau der Holstenbrücke auf der Strecke von der ersten Wallstraße bis zum Lindenplatz nach dem Bericht, den Zeichnungen und dem Kostenanschlag des Baudirektors Balzer vom 10. Juli 1905 zum veranschlagten Betrage von 131000 M. auszuführen; II. daß der Verwaltungsbüro für städtische Gemeindeanstalten für die durch den Umbau der Holstenbrücke bedingte Umlegung und Veränderung der Gas-, Wasser- und elektrischen Anlagen, sowie zur Herstellung von Anlagen zur Beleuchtung der Straßen mit Bogenlicht der

Beitrag von 105 750 Mk. zur Verstärkung gestellt werde; III. daß der Baudeputation für den Erwerb des zum Brückenbau aus dem Grundstück Moislinger Allee 1 nötigen Areals das Enteignungsrecht verliehen werde; IV. das der Baudeputation zur Ausschreibung eines Wettbewerbs unter deutschen Architekten zwecks Aufstellung eines Blaines für das Gelände zu beiden Seiten der Holstentorstraße in der Grenze des auf der voreingelagerten Karte rot umrandeten, im Norden durch eine rot punktierte Linie begrenzten Gebiet die Summe von 9000 Mk. zur Verstärkung gestellt und daß die Deputation beauftragt werde, ein Programm für diesen Betrieb zu erarbeiten und dem Senat zur Genehmigung zu unterbreiten, in welches auch die Aufgabe mit aufzunehmen ist, für die architektonische Gestaltung der neuen äußeren Holstentorbrücke unter Vorbehalt des Figurenschmuckes der alten Brücke Vorschläge zu machen; V. daß die unter I und II bezeichneten Kosten auf Auktionemittel, die unter IV bezeichneten auf Abschnitt IV des Staatsbudgets für 1905 angewiesen werden. Auf Vorschlag des Vorführers beschloß der Bürgerausschuß die Vorlage zur Verstärkung an die auf sieben Mitglieder zu erweiternde Kommission zur Vorprüfung des Antrages Jenne, betreffend die Brückenverbindung zwischen der Wallhalbinsel und der Vorstadt St. Lorenz mit zu überweisen. Zu weiteren Mitgliedern dieser Kommission wurden Heinrich und Jäde, zu Erzählmännern Dr. Benda, Hinkeldeyn und Dr. Wittem erwählt.

Wie in Lübeck mit Steuergroschen umgegangen wird. Vor einigen Tagen konnten wir die Mitteilung machen, daß am 2. Dezember vom Senat auf Kosten der Steuerzahler ein sicher nicht billiges Festmahl gegeben wird. Alljährlich werden weiter Tausende von Markt, zu denen auch die ärmeren Steuerzahler ihr Scherlein beitragen müssen, für Festessen, Kennen, Wettsiegeln, Empfänge usw. zum Fenster hinausgemoren, selbstverständlich unter dem Jubelgeheul des Amtsblattes, das ja über alle diese Veranstaltungen nachher spaltenlange Berichte bringen kann. Nun hat aber dasselbe Amtsblatt, das diese Vergedung von Steuergroschen, die nur wohlhabenden Leuten augute kommt, preist, die Entdeckung gemacht, daß sozialdemokratische Gemeinderäte die Steuergelder verschwenden, wenn sie dieselben zur Rinderung bitterster Not bewilligen. Die Lübeckischen Anzeigen bringen in ihrer gestrigen Abendausgabe folgende Notiz:

Wie sozialdemokratische Gemeinderäte mit Steuergeldern umgehen. Im Gemeinderat zu Mülhausen i. G. der sich bekanntlich einer sozialdemokratischen Mehrheit erfreut war, wie der "Vorwärts" schreibt, von demokratischer Seite der Antrag gestellt worden, für die Opfer der Judenverfolgungen in Russland 2000 Mark zu bewilligen. Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag zurückgeworfen und ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, daß die Bewilligung einfach für die Opfer der russischen Mezelien (ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses) geschieht und daß die Summe an Maxim Gorki in St. Petersburg zu senden ist. Der weitere sozialdemokratische Antrag auf Bewilligung von 1000 Mark für die ausgesperrten Textilarbeiter im Sachsen-Thüringen wurde fast ohne Debatte angenommen. Hoffentlich wird die Aufsichtsbehörde diesem splendiden Gemeinderat klar machen, daß Steuergelder nicht für sozialdemokratische Parteiweide verausgabt werden dürfen.

Wir sprachen unsere lebhafte Freude darüber aus, daß der Mülhäuser Gemeinderat joviell Einsicht besaß, den durch brutale Unternehmerwillkür aufs Straßenplaster geworfenen Textilarbeitern 1000 Mk. zu Unterstützungs Zwecken zu bewilligen. Auch die hütgerlichen Gemeinderäte haben vorständigerweise für den Antrag gestimmt. Das die 1000 Mk. sozialdemokratischen Parteiweiden dienen sollten, hat allerdings wohl niemand geahnt, auch die sozialdemokratischen Gemeinderäte nicht, denn die Unterstützung Ausgesperrter als sozialdemokratischen Parteiweide zu betrachten, war bisher wohl dem nunmehr von einem wirklichen Doktor geleiteten Amtsblatt vorbehalten. Auch die Unterstzung der Opfer der russischen Mezelien, abgedruckt worden sein. Wir fühlen dem Amtsblatt den Schmerz nach, mit dem es die Herrlichkeit des russischen Despotismus schwinden sieht, und freuen uns, daß unsere Genossen den Hauptanteil am Sturz des selbstherzlichen barbarischen Regiments tragen. Die Mezelien, denen viele Tausende von unschuldigen Menschenleben zum Opfer fielen, wurden jedoch — wie zweifelsohne feststeht — nicht von den ihr Menschenrecht kämpfenden Revolutionären, sondern von den Henkersknichten des Zaren verübt. Die am Schluss der Notiz des Amtsblattes sich findende Denunziation des Gemeinderates bei der Aufsichtsbehörde ist bezeichnend für den Charakter dieses

nationalliberalen Organs und schließt sich würdig den Denunziationen an, die bereits früher von ihm gegen Krankenkassen erhoben wurden, indem es hier, dieselben benutzten die Kassen für sozialdemokratische Parteiwecke. Wie heißt es doch: Der größte Lump.

Der neue Bahnhof Lübeck wird, wie wir einem Hamburger Blatt entnehmen, dem neuen Hamburger Bahnhof an Größe nur wenig nachstehen. Beide Bahnhöfe erhalten, wie der erste bauleitende Beamte des Lübecker Bahnhofbaues, Bauinspektor Cyrus, in einem Vortrage im Haus- und Grundbesitzer-Verein mitteilte, vier Bahnsteige. Die Gesamtbreite des Hamburger Bahnhofes wird 110 Meter, diejenige des Lübecker 102 Meter betragen. In der Größe der Wartehallen sind die Unterschiede gleichfalls nicht besonders erheblich. Die Eingangshalle des neuen Lübecker Bahnhofes, 716 Quadratmeter groß, übertrifft z. B. auch die Eingangshalle des Altonaer Hauptbahnhofes (660 Quadratmeter groß). Von den aus Anlaß des Bahnhofsneubaus in Lübeck notwendig werdenen 19 Befesten sind bis jetzt 16 fertiggestellt. Die interessanteste von diesen ist die Brücke über den Elbe-Trave-Kanal. Die Pfeiler dieser Brücke ruhen auf Gruppen von 8–10 Eisen-Beton-Pfählen, die hier zum ersten male bei einer Eisenbahnbrücke Verwendung gefunden haben.

Die Verordnung des Medizinalamts vom 8. September d. J. betr. die Anmeldung der aus Russland, Galizien, Westpreußen, Ostpreußen oder Polen zu reisenden Personen innerhalb einer vierzehnzwanzigstündigen Frist, wird nunmehr wieder aufgehoben.

Aus dem Gerichtssaal. Eine hiesige Holzfirma hatte den Arbeiter J. zum Wächter ihres Holzlagers bestellt. J. benutzte jedoch seinen Posten, um Holz, das seiner Obhut anvertraut war, zu entwenden und an einen Kanalschiffer für einen verhältnismäßig geringen Preis zu verkaufen. Wegen Diebstahls erhielt J., der bereits vorbestraft ist, 1 Jahr Gefängnis, während der Kanalschiffer wegen Hehlerei zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Wegen Diebstahls von 85 Pf. war das Dienstmädchen W. aus Gömnitz vom Schöffengericht in Gutin zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte, welche ihre Schuld bestreitet, legte gegen das Urteil Berufung ein und erzielte vor dem hiesigen Strafgericht ihre Freisprechung. Der mehrfach vorbestrafte Arbeiter H. wurde wegen Diebstahls und Bettelns im Rückfalle zu 1 Jahr Buchthaus, 4 Wochen Haft und Übereinstimmung an die Landespolizeibehörde verurteilt.

Der Sturm, welcher am Montag auch über Lübecks Mauern brachte, hat auf den Lubeca-Werken ganz erhebliche Beschädigungen hervorgerufen. So wurde das Dach des erst vor 3 Jahren errichteten großen Verwaltungsgebäudes abgedeckt und auf das Dach des Nebengebäudes geworfen, daselbe an mehreren Stellen durchschlagend. Den erschreckten Arbeitern flogen Steine und Sparren nur so um die Ohren; glücklicherweise wurde niemand verletzt. Kurze Zeit, bevor die Abddeckung des Verwaltungsgebäudes vor sich ging, hielt an der Stelle, wo ein großer Teil der Trümmer hinfiel, ein Gespann; hätte es wenige Minuten länger gehalten, so wäre es zweifellos vernichtet worden.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theater-Bureau schreibt man: Theodor Bertram, Kgl. Kammer- und Hofoperasänger, kommt Freitag, 1. den Grafen Almanva in "Figaro's Hochzeit" zu singen. Bertram hat sich nur diesen einen Tag frei machen können und kommt, um nun auch hier seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Auch bei den Meisterpielen hat Bertram mitgewirkt und hierfür ein tägliches Honorar von zweitausend Mark erhalten. Ganz besonders interessant ist es, daß Bertram unter der Leitung des Hofkapellmeisters Ley in München am Prinzregenten-Theater den Almanva in der Neuerrichtung des genialen Dirigenten gesungen und beispiellose Erfolge errungen hat.

Anträge auf Anweisung von Verkaufsständen auf dem diesjährigen Weihnachtsmarkt sind an den Werktagen vom 1. bis 16. Dezember ds. J. in der Zeit von vormittags 9–12 Uhr und nachmittags von 3–7 Uhr im Polizeibureau zu stellen.

Der Verkauf von Tannenhämmen zum Weihnachtsfest findet vom Montag, den 18. bis Sonntag, den 24. Dezember ds. J. auf der Parade statt. Anträge auf Blacheinweisung für Verkaufsstände sind vom 1. bis 16. Dezember ds. J., vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 7 Uhr im Polizeibureau zu stellen.

pb. Ermittelter Fahrradmorder. Das vom Flur des Hauses Baggergrube Nr. 68 abhanden gekommene Rad wurde in einer hiesigen Wirtschaft ermittelt. Der Dieb, ein früherer in dem Hause Baggergrube tätig gewesener Handlungsbüttel hatte das Rad für eine gemachte Begegnung mit dem Sicherheit zurückgelassen. Der ehemalige Handlungsbüttel wird seitens der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Schwerin wegen Missverständnis usw. steckbrieflich verfolgt. Er wurde heute Morgen festgenommen.

pb. Diebstahl. Von einem unterhalb der Fährstraße liegenden, der Handelskammer gehörigen Krahne wurde ein Messinglager gestohlen. Der Dieb wurde in der

Person eines hiesigen Arbeiters ermittelt. Er hat das Lager bei einem hiesigen Produktenhändler verkauft.

pb. Schadensfeuer. Gestern Morgen gegen 5½ Uhr wurde die Feuerwehr nach der Dankmarisgrube gerufen, woselbst wahrscheinlich durch Schadhaftheit eines Ofens in einer Böttcherwerkstatt ein Schadensfeuer entstanden war, welches durch die herbeigerufene Feuerwehr bald gelöscht werden konnte. Der entstandene Schaden ist nur gering.

pb. Gegen eine hiesige Chefran wurde Anzeige wegen wissenschaftlicher falscher Anzeige erstattet.

Kiel. Eine Massenversammlung von Arbeitern der Kaiserlichen Werft fand hierfür am Dienstag statt. Etwa 3000 Personen waren anwesend. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Wissell-Lübeck wurde beschlossen, das Bureau der Versammlung zu beauftragen, der Werftverwaltung eine Resolution zu unterbreiten, worin die Versammlung um die Einflührung der 9 Stundenarbeit bittet, sowie eine der gegenwärtigen teuren Lebenshaltung entsprechenden Wohnregulierung erucht. Des weiteren wird darin das Bedauern darüber ausgesprochen, daß den Eingaben der Arbeiter bisher so wenig Beachtung geschenkt worden ist. — Die Maler ergießen stets werden zu einer Einigung mit ihren Arbeitgebern gelangen. In der Versammlung am Dienstagabend fassten die Gehüßen den Beschluss, das Ergebnis der Verhandlungen der beiderseitigen Kommissionen, Festsetzung des Stundenlohns auf 58 Pf. für die Dauer von 3 Jahren, anzunehmen. Einige nebenstehende Fragen sollen durch Verhandlungen ihre Erledigung finden.

Kiel. Rücksicht eines Preßstanders in die Freiheit. Nach Veröffentlichung einer Strafhaft von 8 Monaten ist der frühere verantwortliche Redakteur der "Schlesw.-Holz. Volks-Ztg.", Genosse Detlef Föhrs, am Mittwoch aus dem Zentralgefängnis in Neumünster entlassen worden. Die Verurteilung ist seinerzeit erfolgt wegen einer aus Haderleben datierten Notiz, überschrieben: "Die Zwangsarbeit in Nordfriesland".

Heide i. H. Schwere Unfälle. Bei Bahlhude gerieten nachts zwei italienische Arbeiter zwischen die Räder eines Kriegszuges, indem sie durch einen Stoß von dem Wagen geschleudert wurden. Während der eine mit leichten Verletzungen davonkam, wurde der andere sofort dem hiesigen Krankenhaus zugeführt, wo er nach zwei qualvollen Stunden starb.

Rostock. Wegen eines tödlich verlaufenen Badefalles hatten sich sieben Vorstandsmitglieder und der Wärter des Seebades Brunnen vor der Seestraße in Rostock zu verantworten. Es handelt sich um den Tod eines aus Bühl gebürtigen Badegastes, der am 14. Juni dieses Jahres in diesem Seebade ertrunken war. Die Angeklagten sind der fahlässigen Tötung angeklagt, und zwar wurde ihnen zur Last gelegt, nicht die wechselnde Tiefe des Wassers ermittelt, keine Warnungstafeln für Nichtschwimmer aufgestellt, ferner keine ausreichenden Rettungsvorrichtungen und insbesondere kein Rettungsboot in Bereitschaft gehalten, sowie keinen zuverlässigen Badewärter angestellt zu haben. Der mitangestellte Badewärter habe außerdem die jeweilige Anzahl unterlassen, daß innerhalb des Raumes für Nichtschwimmer tiefe Stellen vorkommen, auch habe er bei jenem Unglücksfall trotz Aufforderung die Rettungsversuche zu spät unternommen. Das Gericht verurteilte zwei Vorstandsmitglieder, den Rentier G. und den Meister R. zu je einer Woche, den Badewärter Sch. zu sechs Monaten Gefängnis.

Dresden. Die Bürgerschaftswahlen. Bei den Wahlen am Dienstag standen drei Bezirke zur Wahl, die zum festen Besitzstand der Sozialdemokratie gehören: der 8. und 9. Bezirk (Buntendorf) und der 6. Bezirk (Woltmershausen). Die drei Bezirke sind nicht nur wieder gewonnen worden, sondern es ist auch in allen drei Bezirken ein erheblicher Stimmenzuwachs erzielt worden, womit wiederum beispielhaft wird, daß der Stimmenrückgang in den städtischen Bezirken keine inneren Ursachen hat, sondern auf äußere Umstände, besonders auf das Abwandern der Arbeiter aus dem eigentlichen Stadtgebiet zurückzuführen ist. Im 7. Bezirk befindet sich Holscher in aussichtsloser Stichwahl. Da dieser verbissene Arbeitersfeind aus der Bürgerschaft verschwindet, wird allgemein mit Freuden begrüßt werden. Gewählt wurden im 6. 8. und 9. Bezirk die Genossen Rauch, Liedermann und Imwolde, im 4. Bezirk der Liberale, während im 7. Bezirk Stichwahl zwischen den Liberalen Schierenbeck und Holscher stattzufinden hat.

Sachsen-Anhaltspresse vom 29. November.

Bauern-Butter Pf. 1,25 Mk., Meierei-Butter Pf. 1,40 Mk., Hühner Sid. 3,50 Mk., Enten Sid. 3,50 Mk., Butter 50 Pf. 1,60 Mk., Küken Sid. 1,20 Mk., Lauben Sid. 0,50 Mk., Gänse Pf. 78 Pf., Südgans — Pf., Schweinstopf Pf. 0,50 Mk., Schinken Pf. 1,10 Mk., Wurst Pf. 1,20 Mk., Eier 6 Stück 60 Pf., Karpfen Pf. 1,00 Pf., Ger. Lachs Pf. 1–2,40 Mk., Kartoffeln Pf. 80 Pf., Hühn. Pf. 80 Pf., Barsche Pf. 70 Pf., Kalb Pf. 0,90 Pf.

Geschäfts-Eröffnung.

Hiermit zeige ich dem geehrten Publikum von St. Lorenz an, daß ich in meinem Hause

Drögestraße 17

eine Schlachterei

eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, meine Kundshaft aufs beste und reeliest zu bedienen und bitte daher um gütigen Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Ed. Kunze, Drögestraße 17.

Gleichzeitig empfiehle:

Pf. junges fettes Rindfleisch Pf. 60 Pf. - 70 Pf.

Pf. Bratenstücke - 70 -

Hackfleisch - 50 -

Kalbfleisch - 50 -

Ein Fahrrad billig zu verkaufen

Chausseestraße 6, III. (Burgtor).

Ein eisener Kochofen mit zwei Backern und eine Bettstelle zu verkaufen Moislinger Allee 50b, 1. Etage.

Ein Winterüberzieher zu verkaufen

passend für ältere Herren Ernestinenstraße 15.

Junge eccl. Schweizer-Ziege, taniche und kalte Schlachtziegen Balauerfohr 35.

Billig zu verkaufen

eine Partie Puppenwagen.

Gebe grüne Rabattmarken und nehme volle und halbe Bücher in Zahlung.

C. Nielsch, Engelstraße 91.

Verloren am Donnerstag Hundestr. Königstrasse ein Zehnmarkstück. Geg. Bel. abz. Königstr. 48b, III, Dienst. C. Meyer.

Weihnachts-

Kuchen - Gewürze, Kuchen - Sirup in anerkannt vorzüglicher Güte.

Thomas Jürgensen, Kottwitzstraße 2.

Empfiehle mein

Barbier- und Friseur-Geschäft

F. Möller, Schwarzer Allee 223.

Zweiter Band der „Kulturbilder“.

Die

Hohenzollern-Legende

Von Max Maurenbrecher.

Erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pf.

Jede Woche erscheint ein Heft.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Durch Zufall kleine Wohnung zu sofort an einzelne ruhige Leute, Kreis 160 Pf. Rosenstraße 12, I.

Zu sofort Stellung als Alleinwährenden gesucht im kleinen Haushalt Reichenstraße 41a, I.

Gesucht zu sofort ein Panthursche unter der Schule.

C. Nielsch, Engelstraße 91.

Halbe Rotwein und halbe Rheinweinflaschen kaufen.

J. Höppner, Baggergrube 66.

Altes Fischbein kaufen

gegen bar Schirmfabrik Königstraße 73, Eingang Hütstraße.

Kontorbücher und Akten unter Garantie des Stukkamiers, sowie Hosenfelle werden zu hohen Preisen gekauft Nath. Blumenthal, Gemüsestraße 1217. Mengstraße 29.

Ein Kinderklappstuhl zu verkaufen ev. zu vertauschen mit Puppenwagen oder Spieltisch Segebergerstraße 15, III.

1 kl. vierrädr. Handwagen zu verk. Bodenburg. Joh. Drews.

Zu verkaufen eine Partie Drahtgitterteile, passend für Hühnergelaß. Dasselbst ein Puter, gut zum Brüten.

Mittelstraße 23, I.

Augst, jene von zähkloppender Sozialistenfucht billierte "Mischmasch-Politik" könnte die Moleksindenden um den Rest ihrer Vertreter im Reichstage bringen.

Die Verfassungsaöten in Schwarzburg-Rudolstadt sind behoben. Der Reichsausschuss des Landtages hat sich, wie jetzt als Berichtung früherer Mitteilungen geschildert wird, auf den Standpunkt gestellt, daß der Landtag auf Grund der dem Minister erstellten Sondervollmacht zu Recht einberufen sei.

Von unseren herrlichen Kolonien gibt die Staatsaufstellung für die Schutzgebiete wieder einen hübschen Begriff. Darauf folgt der Haushaltsetat der Schutzgebiete in Einnahme und Ausgabe mit 149 435 424 M. (plus 24 179 634) ab. Es entfallen auf das Ossaufranische Schutzgebiet 11 717 208 M., Reichszuschuß 7 059 327 M.; Kamerun 5 624 959 M., Reichszuschuß 3 252 095 M.; Togo 3 031 036 M., kein Reichszuschuß; das Südwestafrikanische Schutzgebiet 11 735 300 M.; Reichszuschuß 10 991 1500 M.; Neu-Guinea 1 504 240 M.; Reichszuschuß 11 689 63 M.; Karolinen 615 365 M.; Reichszuschuß 482 550 M.; Samoa 809 280 M.; Reichszuschuß 323 331 M.; Foutschou 14 398 000 M.; Reichszuschuß 13 600 000 M. Die Summe der Reichszuschüsse beträgt somit insgesamt 135 797 766 M. gegen 109 619 386 M. des vorjährigen Etats (also plus 26 178 380 M.)

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag ist seitens Deutschlands formell gekündigt worden.

Rußland.

Die Lage in Russland wird immer ernster — natürlich für den Patriaus. Der Streit der Telegraphenbeamten hat entscheidend an Ausdehnung gewonnen, denn es wird aus Berlin vom gestrigen Tage amtlich gemeldet: Seit gestrigen Nachmittag sind sämtliche telegraphischen Verbindungen mit Russland unterbrochen.

Unter diesen Umständen hält es natürlich schwer, ein klares Bild von den Vorgängen in Russland zu erhalten. Sicherlich aber findet doch etwas durch.

Aus Petersburg wird berichtet: Dienstag wurden auf der Elektrotechnischen Anstalt 230 Männer wegen Beteiligung an einer Spenderammlung für die Familien der Opfer der politischen Bewegung verhaftet und in der Peter-Pans-Straße interniert. Bittervorladungen zu folge weigerten sich die Mannschaften des Leibgarde-Regiments Semenow und der Gardejäger, die Verhaftung ihrer Kameraden vorzunehmen.

Die "Nowoje Wremja" meldet aus Sankt-Petersburg vom 28. November: Die Ergebung der Reuterer, die von der Stadt abgespalten sind, soll durch eine Blockade erreicht werden. Die Zahl der Reuterer beträgt etwa 1000. In den Kasernen befinden sich etwa 400 Gewehre und eine geringe Anzahl Patronen. — Zu einer Blockade gehörten Soldaten. Und auf die ist befürchtlich kein Verlust mehr. Deshalb wird die Ergebung der "Reuterer" wohl auch noch lange Weile haben.

Bei der Meidenschule Attmee nimmt die Gärung immer größere Ausdehnung an. Der Oberbefehlshaber General Linwitzki hat allen Chor befohlen, dafür zu sorgen, daß die Marine und Landtruppen von jeder Verschwörung durch Privatpersonen ferngehalten werden. Ob dieser Befehl wohl etwas nützen wird?

Auch die Polizeibeamten sind von der jüngsten Bewegung nicht unberührt geblieben. Es hat sich ein "Verband der Polizeibeamten" gebildet, der seine Tätigkeit mit einem an die Angestellten der Polizei gerichteten Aufruf beginnt. In dem Aufruf wird u. a. bekannt gegeben, daß die Versprechungen der Regierung die Verbesserung der materiellen Lage der Polizeibeamten in sich bergen, aber kein Glückschein bedienen. — Und fallen jetzt aus Zweig des Bereichs!

Österreich-Ungarn.

Die Wahlrechtsdemonstration der österreichischen Arbeiter hat ihre Wirkung getan, wie aus folgendem Telegramm des "L.A." hervorgeht: "Kaiser Franz Joseph erklärte in einer Unterredung, die Eröffnung des allgemeinen Wahlrechts sei nicht mehr aufzuhalten — Stimme."

Der ungarische Reichstag soll am 19. Dezember durch ein königliches Patent aufgelöst werden.

Der ungarische Widerstand im Ungarn entwickelt sich weiterhin zum aktiveren Widerstand. So berichtet die "Rhein-Ztg." am 26. November: Im Kaiser-Komitee auf ersetzten sie heute die ungarischen Bergjäger vom Front. Das Gebürt wurde schon frühmorgens um 300 Bergjäger umringt, welche die Stufen absteigen. Für 10 Uhr sollte die Opposition die Komitees übernehmen, in der etwa 300 Mitglieder erwartet. Da gegen Graf Lippiz entließ der Politik-Komitee die Bergjäger als ungeeignet einzutragen. Davor aber der Aufmarsch ausgeführt werden kann, waren die Bergjäger in den Gewässern eingezogen. Sollen da von der Regierung erneut Bergjäger-Männer abgezogen und das Komitee entmobilisiert. Ein Wiederholung-Bischof ist zum Bizepsgefecht gewählt. Da die Polizei erkennt, daß die Bergjäger bereit sind, gegen die Bergjäger und gegen die Bergjäger den Stratenkampf führen, und gegen die Bergjäger den Bergjägerkampf führen. Es ist klar, daß es die heutige Bergjägerkampf des Komitees für ungünstig und ihre Bergjäger als solche und nicht benötigt. Die Bergjäger haben in der Stadt Eingang heruntergehen, die sich in Strohhausbauungen gegen die regierungspolitischen Züge setzt. Die Bergjäger sei der Heiterkeit nach bestens geeignet werden."

Türkei.

Die internationale Flottenkonferenz gegen die türkische Regierung wird von beiden Seiten sehr verschiedene gesichtsweise empfunden. So wird z. B. der Sozialdemokrat berichtet: Der Bericht einer Delegationsdelegation, welche den Delegationsplattform legte die Turchi kein Hindernis in den Weg. Der Gesandte des Reichs protestierte gegen die Landung und die Begehung der Festungen und Festungen. Alles nimmt keinen programmatischen Charakter. Die Delegations-

Flotte mit dem Lande ist infolge des starken Nordostwindes schwierig. Wie üblich, begaben sich auch heute, am ersten Verteilungstage, die ersten Dragomane aller diplomatischen Missionen nach dem Palast, um ihre Glückwünsche auszusprechen. — Das paßt alles wunderbar zusammen. Die Türkei läßt die Kommandanten der "feindlichen" Flotte ungehindert mit einander in Schiffsparteien verkehren, und zwar unter Beobachtung der noch unter türkischer Kontrolle stehenden Telegraphen. Außerdem gehen die Vertreter beider Flotten auf den Hals lächeln, zu demselben Sultan und gratulieren ihm allseitig. Wirklich eine schöne Pose! Nur etwas kostspielig ist sie.

England.

Rüstungen und kein Ende. Eine Vermehrung der englischen Kanalflotte wird dem Berliner Tageblatt aus London gemeldet: Die Kanalflotte wird abermals um sechs Schlachtkräfte verstärkt werden, so daß die Flotte, die vor einem Jahre nur über acht Schlachtkräfte verfügte, deren siebzehn besitzen wird. Die sechs Schiffe sind von der "Monarch"-Klasse, haben 12 950 Tonnen Displacement, führen vier zwölfzöllige und zwölf zehnzöllige Geschütze, haben leichten Tiefgang und können mit Sicherheit in irgend einem Teile des Kanals oder der Nordsee operieren. Davor wird keine Flottenstation, wohl aber eine solche für Torpedos werden. Auch soll ein Schwimmdock für Unterseeboote dort eingerichtet werden. — Diese englische Flottenvermehrung ist zweifellos eine Folge der deutschen Marinenvorlage. So geht das tolle Zagen zwischen den einzelnen Staaten immer weiter — bis endlich einmal die Völker derselben ein Ende bereiten.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des "Lübecker Volksboten".

Berlin, den 29. November 1905.

2. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Frhr. v. Steinberg. Präsident Graf Billekrem: Ich möchte die interessantesten, bisher noch nie da gewesenen Tatsachen konstatieren, daß die verbündeten Regierungen dem Reichstag noch vor seiner Konstituierung nicht weniger als 35 Vorlagen haben angehauen lassen. (Wiefsches Hört! Hört! und Heiterkeit.) Ich möchte nur wünschen, daß der Reichstag sich bei der Beratung dieser 35 Vorlagen diesen Fleiß der Vertreter der verbündeten Regierungen möge vorschreiben lassen. (Zustimmung und Heiterkeit.)

Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Bei der Wahl des Präsidenten entfallen von den 298 abgegebenen Stimmen 224 auf den Abg. Grafen Billekrem (3.), je eine auf den Abg. Grafen Stolberg (4.) und den Abg. Singer (5.); 72 Stimmzettel sind unbezeichnet.

Nach Uebernahme des Präsidiums erkläre

Präsident Graf Billekrem: Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das mich wieder auf diesen hohen, aber auch sehr verantwortungsvoollen Thronplatz berufen. Ich werde auch in dieser neuen Wahlperiode meinen alten früher ausgetragenen Grundsätzen treu bleiben (Bravo!) und die Würde und die Ordnung des Reichstags im Innern wie nach außen in jeder Richtung fest wahrnehmehren (Beifall). Ich werde mich der größten Unparteilichkeit bekleiden und die Arbeiten des Reichstags nach Kräften zu einem guten Ende für das Wohl des Kaiserreichs zu fördern suchen. (Lebhafte Beifall.) Ich bitte das hohe Haus, mich in meinen schweren Pflichtenheiten zu unterstützen. Räumenlich bitte ich Sie, immer recht zahlreich hier zu sein (Heiterkeit), denn was kann der Präsident machen, wenn immer das Damoklesschwert der Beihilfeszüchtigkeit über ihm und dem Hause schwebt? Es sind ernste Zeiten, in denen wir zu dieser Session zusammenstehen, ernst nach innen, ernst nach außen, recht ernst. Da müssen Sie das Ihnen von Ihren Wählern übertragene Amt auch ernstlich ausüben. (Lebhafte Beifall.)

Bei der nunmehr folgenden Wahl des ersten Vizepräsidenten werden 297 Stimmen abgegeben, von denen 23 auf den Abg. Grafen Stolberg (4.), 66 auf den Abg. Singer (5.), je eine auf die Abg. Dietrich (4.), Liebermann v. Sonnenberg (Antif.), Dr. Baasche (NL), Stadthagen (5.) und v. Böllmar (5.) fallen. 3 Stimmen sind ungültig.

Graf Stolberg nimmt die Wahl mit Dank an. Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten werden 222 Stimmzettel abgegeben, darunter 64 weiße. 204 Stimmen fallen auf den Abg. Dr. Baasche (NL), 10 auf den Abg. Büsing (NL), je eine auf die Abg. v. Gerlach (FDP), Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) (Heiterkeit), Wallau (NL), Wurm (5.).

Dr. Baasche nimmt die Wahl mit Dank an.

Darauf erfolgt die Wahl der 3 Schriftführer. Das Resultat soll nach der Sitzung festgestellt werden.

Zu Lüdtke erneut der Präsident die Abg. Dr. Rintelen (3.) und Bassermann (NL).

Damit ist der Reichstag konstituiert. Der Präsident wird dem Kaiser die vorgeführte Anzeige erläutern.

Das Andenken der seit der letzten Session verstorbenen Abgeordneten wird durch Erheben von den Sitzen geohrt. Räumliche Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Schleunige Anträge auf Eröffnung von Sitzversetzen gegen Abgeordnete; sozialdemokratische Interpellation über die Dienstfahrt.)

Sitzung 3 Uhr.

Reich und Weltgeschichte.

Donnerstag, den 30. November.

Der Sozialdemokratische Verein hält seine Mitglieder-Gesammlung am morgigen Freitag ab. Auf der Tagesordnung steht Abstimmung, Ehreneröffnung, die Börne'sche -Affäre, Ausschaltung von Mitgliedern und so. Es ist Bildt aller Mitglieder, in dieser Versammlung anwesend zu sein.

Die Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins ist am Freitag abend von 8—9 Uhr geöffnet.

Affäre, Gewerkschaftsfäuste! Der Kassierer des Arbeitersvereins und des Gewerkschaftsvereins wird am Freitag, Sonnabend und Montag von 8—9 Uhr ebenso im Vereinshaus zur Entgegennahme der Beiträge anwesend sein.

Ein Dr. ohne Doktortitel. Wir brauchen vor einigen Tagen eine lange Note, in der behauptet wurde, daß der "Marxistisch-veränderte" Dr. S. Grautoff in Leipzig sich als Schiedsrichter der "Liberalen Anzeigen" einen Titel

beilege, den zu führen er nicht berechtigt war. Diese Behauptung halten wir voll und ganz aufrecht und sind auch erblösig, wenn es verlangt wird, dieselbe an Gerichtsstelle zu beweisen. Natürlich macht es dem Amtsblatt wenig Freude, wenn solche Dinge, die ihm mindestens ebenso bekannt sind, wie uns, gelegentlich wieder einmal der Öffentlichkeit unterbreitet werden und dadurch sein ehemaliger, "geistiger Leiter", auf dessen "glänzende" Karriere es sich besonders viel zugute tut, in eigenwilligstem Lichte erscheint. Borschihausen und von edler Errichtung, die gerade den mit "vornehmester Gesinnung" ausgestatteten gegenwärtigen Amtsblattredakteuren so gut aufsteht, wurde in der Königin. 46 folgender Artikel verbrochen:

Sozialdemokratische Wahrheitsliebe. Nach dem alten Rezept „calumnia audacter, semper aliquid haec“ (immer frech drauf los verleumden, etwas bleibt immer hängen) arbeitet das heisige Sozialistenblatt, wenn es sich darum handelt, den verhaften Lübeckischen Anzeigen etwas anzuhängen. Aber selbst, wenn die sozialdemokratischen Lügen als solche gebrandmarkt sind, werden sie vom sozialistischen Organ ihren gläubigen Lesern aufs neue aufgetragen. In der Nr. 278 vom 28. November schreibt der "Lübecker Volksbote": Ein "Marinesachverständiger".

Der Seestern 1906. Der Zusammenbruch der alten Welt. Unter diesem schönen Titel ist zur Einleitung einer kräftigen Flottenpropaganda ein Buch erschienen, aus dem alle "patriotischen" Blätter spaltenlang Auszüge bringen. Man sucht der Schrift eine besondere Bedeutung auszukennen durch die geheimnisvolle Andeutung, ihr Verfasser sei ein Sachverständiger, ein Marineoffizier. Wir können die Nachricht ergänzen. Der Verfasser ist kein gewöhnlicher Offizier, sondern ein leibhaftiger kommandierender General, unsertreuen auch Admiral. Die Meere, in denen er den Seestern oder Dreizack schwingt, sind die Meere des großen Seestadt Leipzig. sein Admiralschiff führt den stolzen Namen "Leipziger Neueste Nachrichten" und er selbst nennt sich Dr. Ferdinand Grautoff. — Zu diesem "Sachverständigen" kann man unsern Flottenpropagandisten von Herzen gratulieren. Dr. Grautoff war übrigens vor Jahren "Chefredakteur" der "Lübeckischen Anzeigen"; wir hatten zwar damals noch keine Gelegenheit, ihn als Marinesachverständigen kennen zu lernen, wohl aber als einen Mann, der sich einen Titel beigelegt, den zu führen er nicht berechtigt war. Wer diesen Aufsatz liest, muß natürlich denken, irgend ein Schwindler mit "Vollschulbildung" habe in der Redaktion der "Lübeckischen Anzeigen" gesessen und sich strafbarweise einen ihm nicht zufümmenden staatlichen Titel beigelegt. In Wahrheit handelt es sich um einen Vorgang, der schon in Nr. 163 der "Lüb. Anzeigen" vom 30. März 1901 wie folgt dargestellt wurde: Der "Volksbote" benutzt eine ihm passend erscheinende Gelegenheit, gegen einen früheren Redakteur unseres Blattes die Anschuldigung zu erheben, dieser habe unberechtigter Weise den Doktortitel geführt. Der betreffende Redakteur hatte die Doktorwürde rite in Marburg erworben; er hatte jedoch nur unterlassen, die Drucklegung seiner Dissertation der Fakultät zeitig einzureichen. Doch es sich hierbei um kein Staatsverbrechen gehandelt hat, geht schon daraus zur Genüge hervor, daß eine strafrechtliche Verfolgung dieses Missvertraters nicht eingeleitet worden ist. Nachdem unser früherer Kollege jener Formalität längst genügt hat, und zwar zu einer Zeit, als er noch im Verbande unserer Redaktion tätig war, ist der Angriff des "Volksboten" auf unser Blatt im höchsten Grade deplaciert, was hiermit ein für alle Mal ausdrücklich festgestellt werden soll. — Da der "Volksbote" mangels neuen Angriffsstoffes selbst solchen Stolz, der vor fast fünf Jahren in der "Volksboten"-Redaktion gelobt wurde, immer wieder aufwärmt, lassen wir jetzt obige Notis stereotypieren, um sie bei einem weiteren Anwurf von jener wahrheitsliebenden Seite nicht von neuem sehen zu müssen.

Was wir behauptet haben, wird, wie nachzulesen ist, in der Notiz des Amtsblattes vom 30. März 1901 vollinhaltlich bestätigt. Dr. Grautoff war nicht im Besitz des Doktortitels und führte ihn dennoch als Chefredakteur der "Lüb. Anz.". Das geht ferner auch deutlich aus der unwiderrührigen gebliebenen Antwort hervor, die der "Volksbote" am 1. April 1901 auf die Ausführungen des Amtsblattes brachte: "Ungehörig im höchsten Grade ist es, wenn jemand mit einem Titel prunkt, den er nicht zu führen berechtigt ist, und das ist der Fall gewesen bei dem stehenden Herrn. Das empfand auch S. St. das Amtsblatt, als es ihn schmunzig nicht mehr verantwortlich zeichnen ließ. Und das bestätigt die philosophische Fakultät der Universität Marburg, welche auf Anfrage vom 18. September 1899 am 21. Septbr. 1899 schreibt, daß Herr ... (Der Name wurde 1901 aus falscher Rückichtnahme fortgelassen. Red.) bis jetzt nicht berechtigt ist, den Doktortitel zu führen." Unterzeichnet ist das Schriftstück von den Herren von Schell und Brodbeck. Bissher hat es nicht als erlaubt gegolten, vor der Promotion sich den Doktortitel beizulegen. Angefischt dieser Tatsachen mag das Amtsblatt, unsere Bemerkungen als Lüge und Verleumdung hinzustellen! Das ist sicher etwas stark und setzt aber eine ziemliche Portion Einfältigkeit bei den gebildeten Leuten des Amtsblattes voraus. Wenn sich die L. A. ihre Notis stereotypieren lassen wollen, so mögen sie es tun; wir haben nichts dagegen. Das soll uns jedoch nicht abhalten, wenn es uns als notwendig und richtig erscheint, dem Amtsblatt unangenehme wahrheitsgemäße Erinnerungen aufzutischen, unbedenklich darum, ob im stereotypierten Satz nachher von Lüge gesprochen wird. Das Monopol auf schmuzige Verleumdung von Gegnern hat bisher unser Amtsblatt stets für sich in Anspruch genommen, und das wollen wir ihm auch nicht streng machen.

Die Erneuerung der Puppenbrücke beschäftigte den Bürgerausschuß in seiner gestrigen Sitzung. Ihm lag folgender Senatsantrag vor: Der Senat beantragt: I. den Neubau der äußeren Holstenbrücke und den Durchstich des Stadtgrabens nach den Berichten, Zeichnungen und Kostenanschlägen des Oberbaudirektors Nehder vom 21. Juni und 6. November 1905 unter Herstellung eines provisorischen Siedlungslasses in der Durchstichung des Stadtgrabens zum veranschlagten Betrage von 475 000 M. vorbehaltlich der Entscheidung über die architektonische Ausgestaltung der Brücke mit der Maßgabe zur Durchführung, Blatt 4, dargestellte Lage gewählt wird. 2. Den Neubau der Holstenbrücke auf der Strecke von der ersten Wallstraße bis zum Ländenplatz nach dem Bericht, den Zeichnungen und dem Kostenanschlag des Baudirektors Balzer vom 10. Juli 1905 unter Herstellung eines provisorischen Siedlungslasses in der Durchstichung des Stadtgrabens zum veranschlagten Betrage von 131 000 M. auszuführen; II. daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeangelegenheiten für die durch den Umbau der Holstenbrücke bedingte Umlegung und Veränderung der Gas-, Wasser- und elektrischen Anlagen, sowie zur Herstellung von Anlagen zur Beleuchtung der Straßen mit Bogenlicht der

Beitrag von 105 750 Mk. zur Verfügung gestellt werde; III. das der Baudeputation für den Erwerb des zum Brückenbau aus dem Grundstück Altwilinger Allee 1 benötigten Areals das Enteignungsrecht verliehen werde; IV. das der Baudeputation zur Auszeichnung eines Wettbewerbs unter deutschen Architekten zwecks Aufstellung eines Platzes für das Gelände zu beiden Seiten der Holstentorstraße in der Grenze des auf der vorgelegten Karte rot umrandeten, im Norden durch eine rot punktierte Linie begrenzte Gebiet die Summe von 9000 Mk. zur Verfügung gestellt und daß die Deputation beauftragt werde, ein Programm für den Wettbewerb auszuarbeiten und dem Senat zur Genehmigung zu unterbreiten, in welches auch die Aufgabe mit aufgenommen ist, für die architektonische Gestaltung der neuen äußeren Holstentorbrücke unter Vorbehalt des Figurenschmuckes der alten Brücke Vorschläge zu machen; V. daß die unter I und II bezeichneten Kosten auf Anleihenmittel, die unter IV bezeichneten auf Abschnitt IV des Staatsbudgets für 1905 angewiesen werden. Auf Vorschlag des Wirtschaftsministers beschloß der Bürgerausschuß die Vorlage zur Verabsiedlung an die aus sieben Mitglieder zu erweiternde Kommission zur Vorprüfung des Antrages Jenne, betreffend die Brückenverbindung zwischen der Wallhalbinsel und der Vorstadt St. Lorenz mit zu überweisen. Zu weiteren Mitgliedern dieser Kommission wurden Heinsohn und Jäde, zu Ersgämmern Dr. Benda, Hindeldeyn und Dr. Wütern erwählt.

Wie in Lübeck mit Steuergroßchen umgegangen wird. Vor einigen Tagen konnten wir die Mitteilung machen, daß am 2. Dezember vom Senat auf Kosten der Steuerzahler ein sicher nicht billiges Festmahl gegeben wird. Alljährlich werden weiter Lausende von Markt, zu denen auch die ärmeren Steuerzahler ihr Scherlein beitragen müssen, für Festmärsche, Rennen, Wettsiegeln, Empfänge usw. zum Feierabend hinausgeworfen, selbstverständlich unter dem Jubelgebul des Amtsblattes, das ja über alle diese Veranstaltungen nachher spaltenlange Berichte bringen kann. Nun hat aber das dasselbe Amtsblatt, das diese Vergewaltigung von Steuergroßchen, die nur wohlhabenden Leuten zugute kommt, preist, die Entdeckung gemacht, daß sozialdemokratische Gemeinderäte die Steuergelder verschwenden, wenn sie dieselben zur Linderung bitterster Not bewilligen. Die "Lübeckischen Anzeigen" bringen in ihrer gestrigen Abendausgabe folgende Notiz:

Wie sozialdemokratische Gemeinderäte mit Steuergeldern umgehen. Im Gemeinderat zu Mülhausen i. E., der sich bekanntlich einer sozialdemokratischen Mehrheit erfreut, war, wie der Vorwärts schreibt, von dem sozialdemokratischen Seite der Antrag gestellt worden, für die Opfer der Judenverfolgungen in Russland 2000 Mark zu bewilligen. Nach langerer Debatte wurde dieser Antrag zurückgezogen und ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, daß die Bewilligung einfach für die Opfer der russischen Mezelien (ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses) geschieht und daß die Summe an Maxim Gorki in St. Petersburg zu senden ist. Der weitere sozialdemokratische Antrag auf Bewilligung von 1000 Mark für die ausgesperrten Textilarbeiter in Sachsen-Thüringen wurde fast ohne Debatte angenommen. Hoffentlich wird die Aufsichtsbehörde diesemspländigen Gemeinderat klar machen, daß Steuergelder nicht für sozialdemokratische Parteiämter verausgabt werden dürfen.

Wir sprachen unsere lebhafte Freude darüber aus, daß der Mülhausener Gemeinderat soviel Einsicht besaß, den durch brutale Unternehmerwillkür aus Straßenplaster geworfenen Textilarbeitern 1000 Mk. zu Unterstützungszecken zu bewilligen. Auch die bürgerlichen Gemeinderäte haben verständigerweise für den Antrag gestimmt. Dass die 1000 Mk. sozialdemokratischen Parteiämtern dienen sollten, hat allerdings wohl niemand geahnt, auch die sozialdemokratischen Gemeinderäte nicht, denn die Unterstützung Ausgesperrter als sozialdemokratischen Parteiämtern zu betrachten, war bisher wohl dem nunmehr von einem wirklichen Doktor geleiteten Amtsblatt vorbehalten. Auch die Unterstützung der Opfer der russischen Mezelien, abgedruckt worden sein. Wir fühlen dem Amtsblatt den Schmerz nach, mit dem es die Herrlichkeit des russischen Despotismus schwinden sieht, und freuen uns, daß unsere Gejossen den Hauptanteil am Sturz des selbstherzlichen barbarischen Regiments tragen. Die Mezelien, denen viele Tausende von unschuldigen Menschenleben zum Opfer fielen, wurden jedoch — wie zweifellos feststeht — nicht von den um ihr Menschenrecht kämpfenden Revolutionären, sondern von den Helden starken des zaristischen Verlust. Die am Schlusse der Notiz des Amtsblattes sich findende Denunziation des Gemeinderates bei der Aufsichtsbehörde ist bezeichnend für den Charakter dieses

nationalliberalen Organs und schließt sich würdig den Denunziationen an, die bereits früher von ihm gegen Krankenkassen erhoben wurden, indem es hier, dieselben benutzten die Kassen für sozialdemokratische Parteiämter. Wie heißt es doch: "Der größte Lump . . .

Der neue Bahnhof Lübecks wird, wie wir einem Hamburger Blatt entnehmen, dem neuen Hamburger Bahnhof an Größe nur wenig nachstehen. Beide Bahnhöfe erhalten, wie der erste bauleitende Beamte des Lübecker Bahnhofbaues, Bauinspektor Cyrus, in einem Vortrage im Haus- und Grundbesitzer-Verein mitteilte, vier Bahnhöfe. Die Gesamtbreite des Hamburger Bahnhofes wird 110 Meter, diejenige des Lübecker 102 Meter betragen. In der Größe der Wartehallen sind die Unterschiede gleichfalls nicht besonders erheblich. Die Eingangshalle des neuen Lübecker Bahnhofes, 716 Quadratmeter groß, übertrifft z. B. auch die Eingangshalle des Altonaer Hauptbahnhofes (600 Quadratmeter groß.) Von den aus Anfang des Bahnhofsbauens in Lübeck notwendig werden den 19 Brücken sind bis jetzt 16 fertiggestellt. Die interessanteste von diesen ist die Brücke über den Elbe-Trave-Kanal. Die Pfeiler dieser Brücke ruhen auf Gruppen von 8–10 Eisen-Beton-Pfählen, die hier zum ersten male bei einer Eisenbahnbrücke Verwendung gefunden haben.

Die Verordnung des Medizinalamts vom 8. September d. J. betr. die Anmeldung der aus Russland, Galizien, Westpreußen, Ostpreußen oder Polen zu reisenden Personen innerhalb einer vierundzwanzigstündigen Frist, wird nunmehr wieder aufgehoben.

Aus dem Gerichtssaal. Eine hiesige Holzfirma hatte den Arbeiter J. zum Wächter ihres Holzlagers bestellt. J. benützte jedoch seinen Posten, um Holz, das seiner Obhut anvertraut war, zu entwenden und an einen Kanalschiffer für einen verhältnismäßig geringen Preis zu verkaufen. Wegen Diebstahls erhielt J., der bereits vorbestraft ist, 1 Jahr Gefängnis, während der Kanalschiffer wegen Heberlei zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. — Wegen Diebstahls von 63 Pf. war das Dienstmädchen W. aus Gömnitz vom Schöffengericht in Cottbus zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte, welche ihre Schuld bestreitet, legte gegen das Urteil Berufung ein und erzielte vor dem hiesigen Strafammer ihre Freisprechung. — Der mehrfach vorbestrafe Arbeiter H. wurde wegen Diebstahls und Betriebs in seinem Rückhause zu 1 Jahr Zuchthaus, 4 Wochen Haft und Nebenstrafe verurteilt.

Der Sturm, welcher am Montag auch über Lübecks Mauern brauste, hat auf den Lübeck-Werken ganz erhebliche Beschädigungen hervorgerufen. So wurde das Dach des erst vor 3 Jahren errichteten großen Verwaltungsgebäudes abgedeckt und auf das Dach des Nebengebäudes geworfen, dasselbe an mehreren Stellen durchschlagend. Den erschreckten Arbeitern flogen Steine und Spalten nur so um die Ohren; glücklicherweise wurde niemand verletzt. Kurze Zeit, bevor die Abdunkelung des Verwaltungsgebäudes vor sich ging, hielt an der Stelle, wo ein großer Teil der Trümmer hinfiel, ein Gewann; hätte es wenige Minuten länger gehalten, so wäre es zweifellos vernichtet worden.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theater-Bureau schreibt man: Theodor Bertram, Kgl. Kammer- und Hofoperängänger, kommt Freitag, urt den Grafen Almanova in Cigarros Hochzeit zu singen. Bertram hat sich nur diesen einen Tag frei machen können und kommt, um nun auch hier seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Auch bei den Meisterspielen hat Bertram mitgewirkt und hierfür ein tägliches Honorar von zweitausend Mark erhalten. Ganz besonders interessant ist es, daß Bertram unter der Leitung des Kapellmeisters Leyn im Münchner am Prinzregenten-Theater den Almanova in der Neuerichtung des genialen Dirigenten gesungen und beispiellose Erfolge erungen hat.

Anträge auf Anweisung von Verkaufsständen auf dem diesjährigen Weihnachtsmarkt sind an den Weitungen vom 1. bis 16. Dezember ds. J. in der Zeit von vormittags 9–12 Uhr und nachmittags von 3–7 Uhr im Polizeibureau zu stellen.

Der Verkauf von Tannenbäumen zum Weihnachtsfest findet vom Montag, den 18. bis Sonntag, den 24. Dezember ds. J. auf der Parade statt. Anträge auf Blätterweihung für Verkaufsstände sind vom 1. bis 16. Dezember ds. J. vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 7 Uhr im Polizeibureau zu stellen.

pb. Ermittelter Fahrradmarder. Das vom Flur des Hauses Beckergrube Nr. 68 abhanden gekommene Rad wurde in einer hiesigen Wirtschaft ermittelt. Der Dieb, ein führender in dem Hause Beckergrube tätig gewesener Handlungsbüroleiter hatte das Rad für eine gemachte Reise, den Wirt als Sicherheit zurückgelassen. Der hiesige Handlungsbüroleiter wird seitens der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Schwerin wegen Urfundentäuschung etc. stetsbriestlich verfolgt. Er wurde heute Morgen festgenommen.

pb. Diebstahl. Von einem unterhalb der Fährstraße liegenden, der Handelskammer gehörigen Rahmen wurde ein Messinglager gestohlen. Der Dieb wurde in der

Person eines hiesigen Arbeiters ermittelt. Er hat das Lager bei einem hiesigen Produkthändler verkauft.

pb. Schadenfeuer. Heute Morgen gegen 6½ Uhr wurde die Feuerwehr nach der Dankwartsgrube gerufen, woselbst wahrscheinlich durch Schadhaftigkeit eines Ofens in einer Böttcherwerkstatt ein Schadenfeuer entstanden war, welches durch die herbeigeruhende Feuerwehr bald gelöscht werden konnte. Der entstandene Schaden ist nur gering.

pb. Gegen eine hiesige Chefran wurde Anzeige wegen wissenschaftlich falscher Anzeige erstattet.

Kiel. Eine Massenversammlung von Arbeitern der Kaiserlichen Werft stand hier selbst am Dienstag statt. Etwa 3000 Personen waren anwesend. Nach einem mit grossem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Wissell-Lübeck wurde beschlossen, das Bureau der Versammlung zu beauftragen, der Werftverwaltung eine Resolution zu unterbreiten, worin die Versammlung um die Führung der 9 Stunden Arbeitszeit, sowie eine gegenwärtigen teuren Lebenshaltung entsprechenden Lohnregulierung ersucht. Des weiteren wird darin das Bedauern darüber ausgesprochen, daß den Gehalts der Arbeiter bisher so wenig Beachtung geschenkt worden ist. — Die Maiergerüste sind es werden zu einer Einigung mit ihren Arbeitgebern gelangen. In der Versammlung am Dienstagabend sahen die Gehalts der beiderseitigen Kommissionen, Fortsetzung des Stundenlohns auf 58 Pf. für die Dauer von 3 Jahren, anzunehmen. Einige nebensächliche Fragen sollen durch Verhandlungen ihre Erledigung finden.

Kiel. Kielkehr, eines Preßbünders in die Freiheit. Nach Verbüßung einer Strafhaft von 3 Monaten ist der frühere verantwortliche Redakteur der "Schlesw.-Holst. Volks-Ztg.", Genosse Detlef Jvers, am Mittwoch aus dem Zentralgefängnis in Neumünster entlassen worden. Die Verurteilung ist seinerzeit erfolgt wegen einer aus Haderleben datierten Notiz, überschrieben: "Die Zwangspolitik in Nordschleswig."

Heide i. H. Schwedes Unglück. Bei Pahlbude gerieten nachts zwei italienische Arbeiter zwischen die Räder eines Kieszuges, indem sie durch einen Stoß von dem Wagen geschleudert wurden. Während der eine mit leichten Verletzungen davonlief, wurde der andere sofort dem hiesigen Krankenhaus zugeführt, wo er nach zwei qualvollen Stunden starb.

Rostock. Wegen eines tödlich verlaufenen Badenfallen hatten sich sieben Vorstandsmitglieder und der Wärter des Seebades Brunshaupten vor der Struktur in Rostock zu verantworten. Es handelt sich um den Tod eines aus Bütz gebürtigen Badegastes, der am 14. Juni dieses Jahres in diesem Seebade ertrunken war. Die Angeklagten sind der fahlässigen Tötung angeklagt, und zwar wurde ihnen zur Last gelegt, nicht die wechselnde Tiefe des Wassers ermittelt, keine Warnungstafeln für Nichtschwimmer aufgetellt, ferner keine ausreichenden Rettungsgeräte, und insbesondere kein Rettungsboot in Bereitschaft gehalten, sowie keinen zuverlässigen Badewärter angestellt zu haben. Der mitangesetzte Badewärter habe außerdem die jeweilige Angabe unterlassen, daß innerhalb des Staumes für Nichtschwimmer tiefe Stellen vorliegen, auch habe er bei jenem Unglücksfälle trotz Aufforderung die Rettungsversuche zu spät unternommen. Das Gericht verurteilte awoi Vorstandsmitglieder, den Rentier G. und den Musiker R. zu je einer Woche, den Badewärter Sch. zu sechs Monaten Gefängnis.

Bremen. Die Bürgerschaftswahlen. Bei den Wahlen am Dienstag standen drei Bezirke zur Wahl, die zum festen Besitzstand der Sozialdemokratie gehören: der 8. und 9. Bezirk (Buntendorf) und der 6. Bezirk (Woltmershausen). Die drei Bezirke sind nicht nur wieder gewonnen worden, sondern es ist auch in allen drei Bezirken ein erheblicher Stimmenzuwachs erzielt worden, womit wiederum bewiesen wird, daß der Stimmenzugang in den städtischen Bezirken keine inneren Ursachen hat, sondern auf äußere Umstände, besonders auf das Abwandern der Arbeiter aus dem eigentlichen Stadtgebiet zurückzuführen ist. Im 7. Bezirk befindet sich Holscher in aussichtsloser Stichwahl. Daß dieser verbissene Arbeiters aus der Bürgerschaft verschwindet, wird allgemein mit Freuden begrüßt werden. Gewählt wurden im 6. 8. und 9. Bezirk die Genossen Stauch, Liedermann und Imwolde, im 4. Bezirk der Liberale, während im 7. Bezirk Stichwahl zwischen den Liberalen Schierenbeck und Holscher stattzufinden hat.

Sabotat Weißpappe vom 29. November.

Baumwollfutter 1,25 Mk., Meierei-Butter 1,40 Mk., Salz 3,50 Mk., Getreide 3,50 Mk., Butter 1,60 Mk., Süßigkeiten 1,20 Mk., Lauben 0,50 Mk., Gänse 0,50 Mk., Schinken 1,10 Mk., Wurst 1,25 Mk., Eier 6 Stück 60 Pf., Karpfen 1,00 Mk., Get. Lachs 1,20 Mk., Kartoffeln 80 Pf., Karotten 80 Pf., Fleisch 80 Pf., Kartoffeln 70 Pf., Kalbfleisch 0,90 Mk.

Geschäfts-Gründung.

Hiermit zeige ich dem geehrten Publikum von St. Lorenz an, daß ich in meinem Hause
Drögestraße 17
eine Schlachterei

eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, meine Kundheit aufs beste und reeliest zu bedienen und bitte daher um gütigen Zuspruch.

Hocharbeitungsvoll
Ed. Kunze, Drögestraße 17.
Gleichzeitig empfehle:

Bratenstücke	jungettes Rindfleisch	Pfd. 60 Pf.
		70
	Hackfleisch	Pfd. 70 Pf.
	Kalbfleisch	50

Ein Fahrrad
billig zu verkaufen
Chafotstraße 6, III. (Burgtor).

Ein eisener Kochofen mit zwei Löchern und eine Bettstelle zu verkaufen
Altwilinger Allee 50b, 1. Etage.

Ein Winterüberzieher zu verkaufen
passend für ältere Herren
Ernestinenstraße 15.

Junge echte Schweizer-Ziege,
tausche nur kalte Schlachtziegen
Balancier 35.

Billig zu verkaufen
eine Baltic Puppenwagen.

Gebt grüne Rabattmarken und nehme volle und halbe Bücher in Zahlung.

C. Nielsch, Engelsgrube 91.

Verloreu am Donnerstag Hundestr. Königstrasse ein Zehnmarkstück. Geg. Bel. abz. Königstr. 48b, III. Dienst. E. Meyer.

Weihnachts-

Kuchen - Gewürze, Kuchen - Sirup in anerkannt vorzüglicher Güte.

Thomas Jürgensen, Kottwitzstraße 2.

Empfehle mein

Barbier- und Friseur - Geschäft

F. Möller, Schwartaner Allee 223.

Zweiter Band der "Kulturbilder".

Die

Hohenzollern - Legende

Von Max Maurenbrecher.

Erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pf.

Jede Woche erscheint ein Heft.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohl.
Markt 4 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. u. a.:
Lederhosen . . . 1,80—8,48
Mauerhosen . . . 2,60—6,75
Schlosshosen . . . 1,88—5,25
Herrzhosen . . . 0,88—2,35
Bürohosen . . . 1,38—3,25
leinene Hosen, schräge und gerade, 1,25
Kragen, Hemden, Schlachterhosen, Friseurhosen
Kreuz-Mantel erstaunlich billig.
Preise von 30 Pf. bis 1.88 Mk.

Früher M. 120.— jetzt M. 90.—

 **florett-Fahrräder**
alles voran! Ba. Material,
2 Jahre Garantie! Dreilaufhöhe Torpedo M. 15 mehr Mantel v. M. 3,50
an, Schläuche M. 2,80, Achsen-Laternen R. 2.
H. A. Hill, Fahrrad-Vertrieb, Johannist. 9
Rep. all. Syst. bill. Umbos-Fahrräder M. 75, 1,2 Gar.

Gillig bis zum 20. Dezember 1905.

Inhaber dieser Annonce erhalten im
Atelier „Püüberig“, Hunderstraße 79

12 Bild-Bilder von Mk. 1,50
12 Rahmen-Bilder v. Mk. 4.—
1 lebensgroßes Bild von Mk. 6.— an
Auf gröbere Bilder in leineter Ausführ. 20% Rabatt.
Garantie für Neuartigkeit und Haltbarkeit.

Zum Weihnachtsfest

empfehle meine
Puppen-Berühren sowie **Flüchten**.
Durchdachte Arbeit.
W. Drews, dient. 61. Gröpelst. 12.

Musik

Instrumente kann man am besten und
billigsten nur beim Fachmann

Herm. Haller, Instrumentenmacher
Evers Musikhaus
Markt 3 und Kohlmarkt 12.
Reparaturen prompt und billig.

Zur Steuer der Wahrheit!

Es werden bis heute 3 Umländesäle
1 à 1200 Mark, 1 Umländesäle à 900
Mark und 1 Umländesäle à 300 Mark
an die hinterbliebenen Dr. e. Abonnenten
der Zeitschrift „Der Glücksdruck“ last
Zutrittsen in den Hesten angeschaut.

Es ist in einer November Nummer des
„Glücksdruck“ bekannt gemacht, welche
Nummern mit einem Gewinn gezogen
sind.

Jeder Abonnent des „Glücksdruck“
überzeugt sich selber von der Wahrheit!

Arbeiter-Radfahr.-Verein Lübeck.
zu der Sonntags-Schwimmschule wird jetzt es
687 stehen

Auspielen

fetten Gänzen, Karpfen
und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am Sonntag den 3. Dezember 1905.

Beginn morgens 11 Uhr.
Eintretens 50 Pf., wofür 3 Stände.

Wer zu haben will, kann
Otto Martensen, Friedstr. 13.

Einladung zum

= BALLE =

Arbeiter-Arbeiterin- und Fischkonserven-
und Fassfabrik von Paul Lehmann
am Freitag den 1. Dezember 1905
in den Zentral-Hallen:
Beginn 8 Uhr Ende 4 Uhr.
Eintrittspreis 60 Pf., eine Dame frei.
Das Komitee.

Rohlmarkt 5

Gebr. Barg

Fernruf 1739.

Rohlmarkt 5

Fernruf 1739.

Wegen Geschäfts-Veränderung

Großer Räumungs-Ausverkauf.

Abt.: Kleiderstoffe.

Damentuch in großer Farben-Auswahl

50, 80 Pg. n.w.

Schwarze Wools zu Hausskleidern

30, 40 Pg. n.w.

Gemusterte Stoffe in großen Sortimenten

50, 70 Pg. 1 bis 2 Mt.

Cheviots in reiner Wolle
in allen Preislagen.

Ball-Stoffe in hellen Farben

45, 60 Pg. bis 2 Mt.

Crème-Stoffe, Neuhheiten,

70 Pg. 1.— Mk. n.w.

Baumwoll- und Woll-Moasseline

35, 45 und 90 Pg.

Schwarze Crêpe- und Granit-Stoffe

80 Pg. 1 bis 1,50 n.w. bis 3,90 Mt.

Schwarze Cheviot und Coqueline

70 Pg. 1 bis 3 Mt.

Weisse gewebte Brokats zu Kleidern

35, 50 Pg. bis 1,50 Mt.

Helle Rips-Battune, häbsche Blaster,
für Wäschekleider 48 Pg.

Weisse Glässer- und Pariser Tante - Stoffe

90 Pg. 1 bis 1,50 Mt.

Baumwollene Hausskleider-Stoffe
in doppelter Breite 45, 65 Pg. n.w.

Alle neuen Binsenstoffe
zu kolossal billigen Preisen.

Abt.: Leinen- und Weisswaren.

Doppelbr. Bettlub
Rein-Zeinen

Hemdentuch
fein- und großhädig
20, 23, 30 Pg. n.w.

Doppelbr. Bettlub
Rein-Zeinen.

Plüschi-Piqué
Pelz-Parchend

Doppelbr. weiß gefr.
Bettlattus

Doppelbreite weiße
Bettdecken

Doppelbr. karr. und
gebümte Bettbezüge

Doppelbr. Bettdecke
und Satins

Handtücher, abgepasst und meterweise, Tischtücher, Servietten u. kompl. Gedecke, Gardinen, Tischdecken, Teppiche, Vorleger und Läuferstoffe, Wachstuch-Decken usw.

==== Damen- und Kinder-Leibwäsche ====
Hemden, Beinkleider, Nachtjacken etc. noch in grosser Auswahl, sehr preiswert.

Alle Damen-, Mädchen- und Kinder-Konfektion,
Herren- und Knaben-Garderoben, kolossal billig.

Sozialdemokratischer Verein.

Versammlung
am Freitag den 1. Dezember

abends 8^h Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50—52
T a g e s - O r d n u n g :

1. Batzenwahl.
2. Silvesterfeier.
3. Die „Vormärts“-Affäre.
4. Anschluss von Mitgliedern.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Das Konzert

am 3. Dezember findet umständlicher nicht statt.

Restaurant F. L. Paetau,
Fackenburg.

 **Panorama**
Breitestraße 53, 1. Etg.

Diese Woche ausgestellt:
München, Salzburg,
Königsee.

Stadthallentheater.

Freitag den 1. Dezember, 7½ Uhr.
Außer Abonnement.
Einmaliges Gastspiel des Kammer- und Hofopernsängers

Theodor Bertram

Figaros Hochzeit.

Oper in 4 Akten von Mozart.

Gastspielpreise.

Sonntagnachmittag den 2. Dezember:
III. grosse Volks-Vorstellung.
Jeder Platz 50 Pf.

Sonntagnachmittag: Alt-Heidelberg.
Sonntag abend: Robert und Bertram.
Mit Über-einlaufen

**Die Photographen Lübecks bitten,
Weihnachts-Aufträge baldigst machen zu wollen.**

Beste Aufnahmezeit: Von 9 bis 2 Uhr.

Empfohlener Standort: zu den gejährteten Zeiten der Stadt Lübeck und Nachbarschaft sowie der am P. L. gezeichneten Artikel und Notizen:
Schwedes Stellort — **Verhandlungsort** für die Arbeit „Lübeck und Nachbarschaft“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: **Paul Böhm**:
Siedler: **Lübecker Edvard** — **Druck von Friedr. Meyer & Co.** — **Schulische in Lübeck**

vergänglich aus der Mitte der Generalversammlung und vom zweiten Vorsitzenden protestiert. Da Herr Broda aber es ablehnte, die Hermandad wieder zu entfernen, so verließen fast sämtliche Arbeitgeber und ein Teil der Arbeitnehmer den Saal. Die Kämpferversammlung beschloß nun auf Vorstoss des Herrn Broda: den "Vorwärts" und die "Bewillikir Volkss-Zeitung" nicht mehr als Publikationsorgane zu benutzen. Die von den Daseignierten beantragte Generalversammlung mußte endlich am 3 November auf Auordnung des Oberpräsidenten statuisieren. Hier wurde zunächst nach angeblichen Versuchen des Herrn Broda, sich zu rechtfertigen, beschlossen: dem Vorsitzenden Broda zu erklären, daß seine Amtsführung durchaus zu missbilligen ist und daß er erjucht wird, sein Amt niederzulegen. Farner wurde einstimig von der Generalversammlung beschlossen: dem Vorstand aufzuziehen, zwecks Rücknahme der Amtsführung Täterow's mit diesem in Unterhandlung zu treten. Zwischen durch hatte der reichsteuer Vorstand die Amtsführungsbehörde gedreht, Täterow's schnes Antes sofort zu entheben. Die Amtsführungsbehörde lehnte dies Ansinne jedoch ab, da auch nicht das geringste gegen Täterow vorliege. Gegen Frau Reinmann und andere frühere Vorstandsmitglieder setzten die Herren Broda-Prätorius außerdem einen Haufen Strafanträge bei der Staatsanwaltschaft — bislang trotz reichverbindlicher Anträge ohne Erfolg. Am 20. November fand eine öffentliche Mitgliederversammlung statt, um zu den bevorstehenden Neuwahlen Stellung zu nehmen. Einstimig wurde das Vorgehen des reichsten Vorstandes als Terrorismus ungeheuerlichster Art verurteilt und beschlossen, nur für die Liste des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen zu stimmen. Rechtschafft hat Herr Ernst Prätorius, vordem scheinbar Sozialdemokrat, jetzt Sozialdemokrat a. D. und lebhafter Reichstreuer i. D. einz Brodhüre erscheinen lassen, die unter dem schönen Titel: "Soll Parteidienst und Selbstjustiz oder Geschmägigkeit in der Verwaltung der hiesigen Ortskantonskasse des Schneidertriumpfes?" vertreten wird. Dieses Werkchen wirbelt von Unwahrheiten und Entstellungen: es ist in derselben Art geschrieben wie die berüchtigten Pamphlete des "Korbmacherdichter". Natürlich dienst dieses Werk der "Post", dem "Reich" und den gleichen Vätern zu wütigen Ausfällen für die Schutzbesiegten des Reichsverbands. Die Neuwahl der Bezieher fand am 27. November statt. Die "Reichsfreien" wählten ungetreulich für die Thugie Broda-Prätorius von Reichsverbands Gnaden. Es war aber vergebens! Von 980 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Liste des Schneiderverbands 654. Die Reichsfreien haben die verdiente Antwort erhalten.

In der Stralsunder Vereinsbrauerei legten die Brauereiarbeiter wegen Misregierung mehrerer Kollegen die Arbeit nieder.

Genosse Stadthagen stieb dieser Tage in Berlin vor, der S. Straßlauer wegen Übertreibung des Betriebsgeiges. Es handelt sich um die Untersuchung der Anklage, daß Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Agitationsbüros für die Provinz Brandenburg. Der Angeklagte war seinerzeit vom Schöffengericht freigesprochen worden, der Staatsanwalt hatte aber Strafung eingeleitet. Vor Eintritt in die Behandlung schaute der Angeklagte den Vorstaben, Landgerichtsrat Casper, wegen Befangenheit ab. Er begründete die Absehung mit dem Hinweis darauf, daß, wie die Vorstaben ergaben, Herr Casper bei einem in einer gleichen Straße gefallenen Unfall als Vorstehender beider Vereinigungskomitees mitgewirkt habe, dessen Tatbestand nachstellt, d. h. dem Ergebnis der damaligen Verhandlung nicht entsprechen sei. Dieses möchte der Angeklagte gelassen, daß der Vorstabe in einem früheren Urteil zu dieser Straße einem Bringen vorgeleggt habe, daß er nicht etwa wegen seiner Bringelegung zur sozialdemokratischen Partei die Unschuld sagen solle, und daß der Vorstabe den gleichen Bringen vor der Beantwortung einer an ihn gerichteten Frage ausgewiesen habe, den Angeklagten nicht erst anzuhören. Darauf ließ die Untersuchung, ob es der Angeklagte gewillt sein könnte, den Bringen zu bestätigen. Diese Auffassung erklärte der Vorstabe für ganzlich ungültig und rückte hinzu, daß dies allgemeine Vorhaltungen an Bringen seien, wie sie ungezählte Male gemacht werden. Da der Angeklagte bei seinem Abhörenfrage bekräftigte, zog die Dame verlangt werden.

Einmal wäre, ja ohnedem ein Raub. Wollten einige der tollpätigen Barfüßer ihnen, an den Rottäleren Radt zu schenken, so wäre es sie allein möglich, ihnen ein gerüttliches Gußgetränk einzubringen. Aber je früher in ihrem Leben von dem Einzelnen getrocknete glänzt, so sollen sie jenseits entzogen und eine Freiheit haben, welche

"Hello, Herrn," rief der Richter bei einer roten Schürze an, und als er sie sich dann aufsetzte, kam ihm Sifly mit dem Richter, blieb aber Sifly an jener Seite und vor einem Schrank hinterher. Richter schaute aufmerksam — und da saß Sifly auf dem Sessel und bereit? sah der Richter fort. Sollte mir eine rote Schürze, wie die vorbereitete Richterin uns herzlichen und vergnüglichen? Das Lied sang! Sifly die gesuchte Schürze an mit diesen dankbaren Händen vor der Seite verließ, die mir diese eigene Rechte amerikanische Sifly ungestört dieser Söder stieß.

Sifly beschäftigte mit Gold und Silber die französischen Spuren des Schauspielers und fuhr jetzt nach den Engelsbrüder des gesamten Heimatlandes, die Mr. Smith auf seine Seite brachte und aufnahm. Als er über dem Knaullen — mit den beiden entzückten Engelsbrüdern der Heimatlande beschäftigt war, und erzählte, daß hier der Hauptplatz stand und ihm eigentlich Dollar abgenommen habe, so rief er einen Lachsalat, kräftige Schreie brachte den Raum:

"Das ist eine Sache!"

Als Sifly sie redet und erzählte auch den kleinen Richter; sollte unter die Männer hier ein, denn Mr. Smith gerade gegenüber, hat Sifly aufmerksam, wie er seinen Auftritt eben beobachtet, daß reichselte Sifly es und den Sifly. Sie sind noch da:

"Hier steht Sifly die kleine Schreie. Hier ist

Aus Sach und Herz.

Wegen Überschreitung des Züchtigungsbrechtes hatte sich am Sonnabend der Lehrer Karl Löwe vor der Polizei in der Straße zu verantworten. Er hatte im Oktober 1902 auf dem Cannenburger Seminar eine Lehrerausprüfung bestanden und kam noch Beendigung seiner Militärzeit am 1. Oktober 1904 nach Dernbach bei Süderhof, wo er 60 Kinder zu unterrichten hatte. Sein Vorgänger war ein alter Mann, dem die notwendige Energie gesessen hatte, so daß die Kinder etwas respektlos waren und der junge Lehrer von dem Schulinspektor Pfarrer Böckmann aufgefordert wurde, mit aller Energie die Disziplin wieder herzustellen. Pfarrer Böckmann nahm unter selbst den Balken und züchtigte die Kinder und Löwe machte es nun ebenso. Bald hatte er dadurch Unzufriedenheit mit den Eltern der Kinder, aber diese ließen sich beruhigen, weil die Kinder — Knaben und Mädchen wurden gemeinschaftlich unterrichtet — sich bescherten. Am 28. Februar d. J. hatte aber die achtjährige Tochter Fra des Arbeiters Löer, der 4 Kinder in der Schule hatte, sich um deren Schularbeiten oder nicht viel kümmern konnte, weil er und seine Frau außer dem Hause arbeiteten, einen Aufschlag nicht ordentlich abgetrieben. Fra Löer war ein schwächliches, mangelfhaft gebildetes Mädchen. Etwas nahm der Angeklagte den Rohrstiel und schlug sie dreimal über den Rücken. Sie rief nun laut: "Vater! Vater!" worüber der Angeklagte sehr erregt wurde und nun den Rohrstiel noch etwa 15 mal recht kräftig über den Rücken des Kindes, das bei der Sommerhitze nur leicht bekleidet war, saufen ließ. Als es mittags nach Hause kam, hatte es große Schwierigkeiten und konnte nicht sitzen. Die Eltern entkleideten die Kleine und fanden nun den ganzen Rücken mit blauunterlaufenen Striemen bedekt. Sie brachten das Mädchen zu dem Dr. Müschold nach Süderhof, welcher eine starke Abschwellung des Rückenmuskelatrat feststellte. Der Arzt befand, daß ihm so etwas in seiner Praxis noch nicht vorgekommen sei. Die Kleine hatte große Schmerzen und war etwa 3 Wochen krank. Der Angeklagte gab zu, daß er sich in der Erziehung habe zu weit hinauslassen, was ihm ich sehr leid tut, abschließlich habe er das Kind nicht so arg schlagen wollen. Die Kinder des Arbeiters Löer sind bald nach der Affäre nach Süderhof eingeschult worden. Der Staatsanwalt beantragte wegen schwerer Körperverletzung 50 M. Geldstrafe, eb. 5 Tage Gefängnis gegen den Angeklagten. Das Urteil lautete auf 20 Mark Geldstrafe.

Eine mysteriöse Raubtat. Das Schwurgericht in Halle verhandelte gegen den Arbeiter Schatzig von Süden, der wegen Raub und Raubes angeklagt war. Die Anklage ruhte sich auf folgenden Vorgang: Am Abend des 12. September wußte der Angeklagte in Zwecken bei seinem Schaden Grumbach, mit dem er vorher einen Graben verbrüttet hatte. Schatzig hatte früher erzählt, daß er schon öfter mit anderen Personen Graben verbrüttet habe und Grumbach erläuterte ihm, in Zwickau wohne eine 63 Jahre alte verträumende Dame, bei der noch etwas zu holen sei. Von der Dame wurde erzählt, sie wäre verliebt und wunderschön, und sie hätte im Jahre 1871 ein Kind geboren. Sie habe öfter Bettel an Türe und Fenster gehext mit der Aufschrift: "Ich heirate nur den, den ich liebe, und bleibe meinem Schwiren treu." Schatzig, der sich damals schon längere Zeit bei Grumbach aufhielt und fiktivisch verfolgt wurde, delte plötzlich davon Kenntnis, daß bei Grumbach am betreffenden Abend eine Hochzeit stattgefunden habe. Er sprang, als die Beamten eintrafen, in Hosenärmeln, ohne Rock, ohne Kopfbedeckung und in Strümpfen zum Fenster hinaus und zog einen Lautenschluss in dem Gehöft des Fr. B., das gewaltig getrennt am Ende des Dorfes liegt. Dort lag er über einem Gartenzaun und ging in den Hof, wo er in einem Stall auf Stroh bis früh 7 Uhr verbrachte. Als er dieser Zeit Fr. B. ihre Hanftür öffnete und ihren Hund hinzog, trat ihr der Angeklagte plötzlich drohend mit den Worten entgegen: "Wenn Sie nicht zuhören halten, dann schneide ich Ihnen die Füße durch; ich bin der Schafzüchter und kommt vom Gericht." Die alte, allerdings noch rüstige Dame erschrak ganz sichtbar, tratte sich aber nichts zu fügen, da sie ganz allein war. Als sie den Versuch machte, Fr. B. zu rufen, hielt der Angeklagte ihr das Taschenmesser vor den Mund. Der Angeklagte verfuhr nur ganz willkürlich; er schnappte sie Opfer in eine dunkle Kammer und verriegelte es. Dann ließ er sie auf einen Stoff und eine dicke Decke bringen und fasste mit der allergroßten

Verachtung zu sein, daß ihm werktags das Leben geschenkt wurde. Er ist es jenes Hauptling, den er hier verleumdet. Ja führt mir Sifly der ganze Sache, wenn ich und mein Kommandant auch nicht im Stande waren, den armen Teufel vor dem, was ihm befreit hat, zu führen. Dass wir uns Ruhe behalten gegeben haben, sonst er uns selbst bezeugen. Richter der Richter aber hat sein Gesetz angerührt, und verhindert durfte er sein Pfeil befehligen, auf dem die Schildkröte lag."

"Wie du mich den Berg hinaufklettert, habe ich es verformt", bemerkte der Spieler, grimmig die Zähne zusammenknirschend. "Was willst du davon? — Redet den teuren Hallerten auch noch das Wort!"

"Ich rede nur dem Hauptling das Wort, der sich wie ein Schauspieler versteckt", legte aber Bedford ruhig. "Dass du Gott gefräst haben, ist Tare und ihre Sache, und ich soll mir Urtiel darüber fällen. Ein Raub ist aber nicht zu äußern werden, und wenn das Geld nur einfach verschwunden wäre, müßte es sich auf alle Fälle wiederfinden. Acht-hundert Dollar in Gold oder Silber trägt man aber nicht in der Tasche bei sich, und Banknoten haben wir hier nicht. Ich brauche mir übrigens, daß der Herr da die Sache gern im Lager nicht so erzählen würde, wie sie wirklich war, und hier höchst gebraucht, um eine etwaige falsche Anklage zu entkräften."

"Und was zum Henker geht Gott die ganze Geschichte zu, daß Gott Gott so unfehlbar darum bemüht?" rief Sifly verzweifelt.

"Hast du, Sifly?" rief der Richter, indem er wieder eine Zigarette, dem Richter da bis ich dankbar für die Untersuchung, wenn er verhindert, daß mir einen ungerechten Zug unterdrücke, der sich kaum vermeiden läßt, wenn jener Mr. Smith den der Richter gepflanzt worden wäre. Das ist Sifly, es kann für einen verdeckten Mord oder Totschlag erstaunlich haben, ist eine ehrbare Sache und gehört

Dreistigkeit in der Kölle. Fräulein B. mußte unter Zwang immer ruhig dabei sitzen, und der Angeklagte hielt sein Taschenmesser bereit und hatte dem Fräulein angeklagt, sobald es irgend etwas tue, nach Hilfe schreie oder vergleichen, werde er ihm die Schleife durchschnüren. In dieser furchtbaren Situation hatte er die ungünstige Position ziemlich drei Stunden herumgequält. Die Eingeschüchterte mußte, nachdem der Richter die Türen verschlossen hatte, auch ihre Schmuck- und Wertgegenstände herausschleppen. Er behauptete, sie müßt 9000 M. haben; sie behauptete, sie habe aber nur 3000 M. in Wertpapieren, Repossi ic. Der Angeklagte zog zunächst das bare Geld, etwa 5 M., eine Uhr, Brosche, Taschenmesser und die Repossi an sich; dann verlangte er auch noch einen Rock von dem Fräulein, da er seinen Rock bei seinem Komplizen Grumbach gelassen hatte und das Haus nicht in Handfängen verlassen wollte. Fräulein B. gedachte die Rückrede, auf dem Boden müsse noch ein alter Rock liegen und bat den Angeklagten, nach oben vorne zu gehen. Dabei benötigte die Dreistigjährige in ihrer Angst die Gelegenheit, aus einem Parterrefenster nach dem Garten im Untergeschoss hinauszuspringen und Hilfe zu rufen. Der Angeklagte schimpfte unentwegt: "Solche Kanaille," und behielt noch die Freiheit, von sich Freimachern zu verlangen, sie sollte sofort wieder zum Hause hereinkommen. Glücklicherweise war nunmehr sein furchtbares Spiel verloren, und Fräulein B. konnte Personen von der Dorfstraße herbeirufen. Der Angeklagte legte nunmehr die Repossi auf die Treppe nieder und ergriff die Flucht. Er entkam zunächst unter Drohungen gegen die ihn verfolgenden Dorfbewohner, wurde aber später von dem Ochsengenähr in einem Kleefeld festgenommen. Der Angeklagte war gefürchtet, jene Gegenstände, Gelb, Uhr ic. weggenommen zu haben; er bestreit aber, bei der Tat, die sich zweifelsohne als Raub herausstellte, eine Waffe, sein Messer gebraucht zu haben. Das Fräulein vergewaltigt zu haben, stellte er mit aller Entschiedenheit in Abrede. Er wollte jene Person überhaupt nicht einmal unsittlich berührt haben. Die übrigen Dreistigkeiten, in dem Hause geschieht zu haben ic. gab der Angeklagte zu. Die Hauptbelastung zeugin, Fr. B., bestand die Tat, wie sie bereits geschildert worden ist. Der Angeklagte habe sie wohl vergewaltigt und sie bei ihr eingeführt, als wenn er der Herr vom Hause gewesen wäre; sie habe sich alles gefallen lassen müssen und nicht Hilfe rufen können. Die Geschworenen beschworen die Schuldfrage wegen Klozschwerbchers und wegen Raubes, verneint aber in beiden Fällen die widernden Umstände. Das Urteil lautete auf eine Gesamtstrafe von sieben Jahren Buchthal und sieben Jahren Erbverlust, da die Taten mit außerordentlicher Dreistigkeit begangen worden sind.

Aus der Grube. Wie aus Essen a. d. Ruhr gemeldet wird, war auf Schacht 2 der Zeche "Deutscher Kaiser" Montag abend 7 1/2 Uhr in der östlichen Grundstraße im Flöz 1, 3. Sohle, ein Bruder entstanden. Da auch die Streckerzimmerei brannte, ließ man sämtliche Leute ausfahren. Gegen 9 Uhr war der Brand gelöscht; niemand ist zu Schaden gekommen, alle Pferde wurden gerettet. Der Betrieb ist in voller Umsorge wieder aufgenommen worden. Im Kruppischen Hammewerk ist in der Montag nach ein Schmid durch ein fortspredendes Gasblitz erschlagen worden. — Im Martinwerk wurde Dienstag morgen ein Arbeiter durch einen Schwellenkreis erfaßt und totgedrückt. — Auf der Grube "Klein-Rossitz" bei Zwickau fand Dienstag eine Explosion schlagender Wetter statt. Ein Bergmann wurde getötet, ein anderer lebensgefährlich und ein Steiger leicht verletzt.

Wieder Gneu! Der Bankier Brandstätter, Inhaber der Bankfirma R. Brandstätter u. Co. in Essen a. Rh. wurde wegen Unregelmäßigkeiten verhaftet. Brandstätter war Mitglied der Gewerkschaft Hattorf, von der sich zahlreiche Doppelsax im Umlauf befanden.

Folge eines heftigen Sturmes wurde Montag in Wachen ein Balkon herabgeschleudert, wobei ein Knabe seinen Tod fand.

Ein ungetreuer Buchhalter. Das Stettiner Schwurgericht verurteilte wegen Sparkassenunterschlagung in Höhe von 20 000 Mark den Kasenbuchhalter Lieb zu drei Jahren Buchthal, 1800 Mark Geldbuße und fünf Jahren Erbverlust.

vor eine Sache, wenn Dein Freund gewillt ist, sagbar gegen die Indianer aufzutreten. Natürlich werde ich bereit sein, ihm darin zu willigen."

"Wirklich?" rief Sifly, ihn höhnisch dabei vor Kopf bis zu den Füßen messend. — "Schade nur, daß wir nicht Lust haben, darum zu warten. Wer geht mit, Jungs, sich ein halbes Dutzend Skalpe, da draußen von den toten Kanällen zu holen?"

"Eine ganze Menge denkt ich", schrie Bräuer, keits bereit, wo es eine Rauberei galt — "ich — wir alle gehen mit!"

"Nein, wir alle gehen nicht mit", sagte aber ruhig ein anderer Amerikaner. "Wer sich in den Bergen unruh macht, mag auch die Folgen davon tragen und überdrückt hat der Bursche de, der so gottjämmerlich ohne Ohren aussieht, auch faulen Aram, sonst hätte er nicht gelogen und uns mit den achtundhundert Dollars belogen wollen. Dieselbe Geschichte haben die Barden schon einmal in Murphys ebenso angezettelt. Verdammst sei meine Hand, wenn ich sie gegen einen Indianer aufsiehe!"

"G3 hat auch noch Niemand vor Euch verlangt, Mr. Gott", trockte ihm Sifly — "und wenn wir ein halbes Dutzend richtige Messer zusammenbringen, hauen wir die ganze Sippschaft in die Pfanne. Vorwärts, meine Burschen, wie wollen den Kanällen zeigen, was es heißt, sich an einem Weitem zu vergreifen!"

Während sich ein Teil der Amerikaner um ihn herumstelle, zog er mit diesen die Straße hinauf; die meisten blieben aber doch zurück und Biele trennten sich noch später von dem Buge, die entweder kein weiteres Interesse dabei hatten, oder doch ihre Sache nicht für so ganz gerecht hielten. Daß die Indianer dem Amerikaner die Ohren abgeschnitten hatten, war freilich eine schändliche Freiheit — aber — die Burschen waren auch gereizt worden.

(Fortsetzung folgt.)